



2011

Bericht über das Geschäftsjahr

Bericht über das Geschäftsjahr 2011

Lagebericht	5
Bericht des Verwaltungsrates	24
Jahresabschluss 2011	26
Gewinn- und Verlustrechnung	30
Anhang zum Jahresabschluss	32
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	51

1. Wirtschaftliche und soziale Rahmenbedingungen

Das Wachstumstempo der Weltwirtschaft hat sich 2011 verlangsamt, wobei sich die Wirtschaft des Euro-Währungsraumes regional stark unterschiedlich entwickelte. Die Entwicklung in Deutschland war in 2011 außergewöhnlich gut. Das gesamtwirtschaftliche Wachstum von 3,0% resultierte gleichermaßen aus der positiven Entwicklung der Investitions- und Konsumgüternachfrage und des Außenbeitrages. Der wirtschaftliche Erfolg hatte positive Auswirkungen auf alle Wohlstandskennziffern. Die Stärke dieser positiven Entwicklung war 2011 nur in wenigen anderen Ländern des Euro-Währungsraumes zu beobachten. Die wirtschaftliche Entwicklung im Freistaat Sachsen folgte der gesamtdeutschen Entwicklung. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt wuchs die sächsische Wirtschaft jedoch mit 2,7% im Vergleich zum Bundesdurchschnitt weniger stark. Der um 13,5% gestiegene Industrieumsatz war treibender Faktor für die Wirtschaft im Freistaat Sachsen, in dessen Folge die industrielle Beschäftigung (im Bundesvergleich überdurchschnittlich) stark um 6,2% wuchs. Die Wirtschaft Sachsens ist zunehmend international vernetzt, was sich an dem um 16,8% gestiegenen Auslandsumsatz zeigt. Die wichtigsten Außenhandelspartner sind die Tschechische Republik, Frankreich und Polen. Mit 39% wird darüber hinaus ein zunehmender Teil der Exporte in das außer-europäische Ausland und insbesondere in die USA und China versandt. Die Zahl der Arbeitslosen im Freistaat Sachsen lag mit 9,8% deutlich unter dem Vorjahresniveau. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stieg deutlich an. Im Bundesvergleich ging die Arbeitslosenquote zwar überdurchschnittlich

stark zurück, liegt aber weiterhin auf einem hohen Niveau. Die Langzeitarbeitslosigkeit profizierte dagegen von diesem positiven Trend nicht. Die Erwerbsquote der 15- bis 64-Jährigen lag in Sachsen mit 81,1% auf einem im Bundes- und EU-Vergleich überdurchschnittlich hohen Niveau. Die Zahl der in Sachsen lebenden Menschen war 2011 erneut rückläufig, wobei der Bevölkerungsrückgang gegenüber dem Vorjahr etwas geringer ausfiel. Dem zunehmenden Sterbeüberschuss stand ein erstmals seit 1997 ausgeglichener Wanderungssaldo gegenüber. Für die Sächsische Aufbaubank – Förderbank – (SAB) sind die Auswirkungen des demografischen Wandels auch wegen ihres großen Engagements im Wohnungsbau bedeutsam.

2. Geschäftsentwicklung

2.1 Allgemein

Im Berichtsjahr betrug das Neugeschäftsvolumen der SAB 1.674,9 Mio. € und lag damit unter dem Vorjahresniveau (2.158,3 Mio. €), jedoch über Plan (1.626,0 Mio. €). Die Qualität des Neugeschäfts entsprach den Vorgaben der Risikostrategie und trug zur Stärkung der Risikotragfähigkeit bei. Die SAB vergab im Berichtsjahr Mittel in Höhe von 463,4 Mio. € in Form von Darlehen und 1.202,2 Mio. € in Form von Zuschüssen. Außerdem übernahm die Bank Bürgschaften in Höhe von 9,3 Mio. €. Die in 2011 vergebenen Zuschüsse lagen um 146,7 Mio. € unter dem Vorjahresvolumen. 2011 wurden 340,9 Mio. € weniger Darlehen ausgereicht als im Vorjahr, welches durch einen Sondereffekt geprägt war. Der seit Jahren bestehende Trend der rückläufigen Darlehensförderung setzte

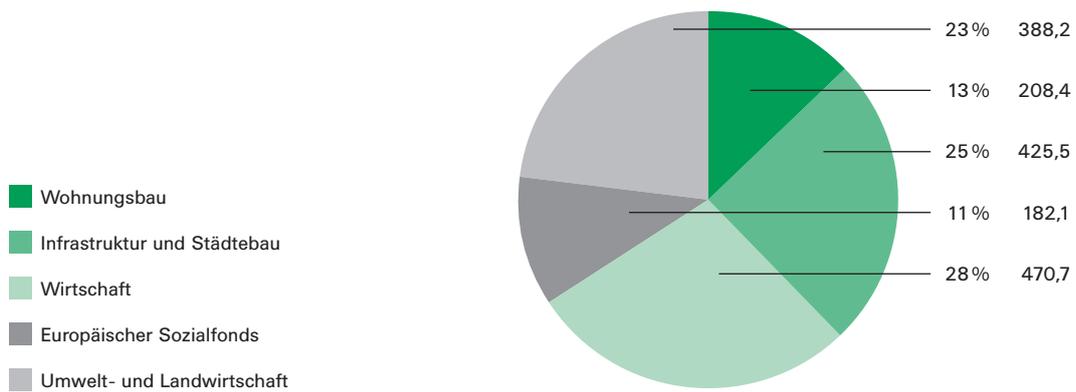
sich weiter fort. Der Rückgang betraf insbesondere den Bereich Infrastruktur und Städtebau. Die SAB bewilligte im Berichtsjahr 25.601 Anträge. Dies entspricht einem Rückgang um 9,6% gegenüber dem Vorjahr (28.318), was insbesondere dem Auslaufen des Programms „EuK light“ geschuldet ist (Differenz zum Vorjahr: 5.219). In 2011 wurden darüber hinaus ca. 19.900 Verwendungsnachweise abschließend geprüft (Vorjahr: 28.200).

2.2 Beteiligungen

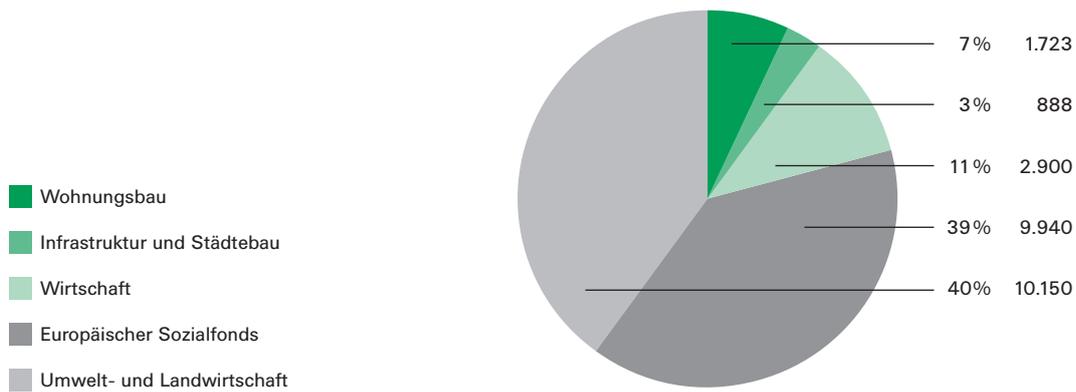
Die Sächsische Aufbaubank – Förderbank – ist im Rahmen ihres Förderauftrags an folgenden Unternehmen mit einem Anteil von mehr als 25% beteiligt:

- ▶ Die SBG – Sächsische Beteiligungsgesellschaft mbH unterstützt Unternehmen bei deren Wachstums- und Turnaround-Vorhaben mit stillen und offenen Beteiligungen. SAB und SBG bilden zusammen die SAB-Gruppe.
- ▶ Mit der Beteiligung der SAB an der Sächsisches Staatsweingut GmbH und deren Tochtergesellschaften, der Wein- und Sektkontor Radebeul GmbH und der Sektkellerei Wackerbarth GmbH, unterstützt die Bank den Freistaat Sachsen bei der Erhaltung der sächsischen Weinkulturlandschaft.
- ▶ Die Businessplan-Wettbewerb Sachsen GmbH ist mit der Planung, Vorbereitung und Durchführung der Aktivitäten von „futureSAX – Gründen und Wachsen durch Innovation“ und der damit im Zusammenhang stehenden Dienstleistungen beauftragt. Damit wird innovativen Unternehmen eine Plattform zum Austausch, zur Kooperation und zur Umsetzung von Wachstumsvorhaben geboten.
- ▶ Die Sächsische Energieagentur – SAENA GmbH berät mit technischer Fachkompetenz kleine und mittlere Unternehmen, private Haushalte, die öffentliche Verwaltung und Bildungsträger zur Erhöhung der Energieeffizienz und zum Einsatz erneuerbarer Energien.

Neugeschäftsverteilung 2011 nach Förderbereichen (in Mio. €)



Bewilligte Anträge 2011 (Stückzahl)



3. Ertragslage

Die wesentlichen Ertrags- und Aufwandskomponenten haben sich wie folgt entwickelt:

	2011 (Mio. €)	2010 (Mio. €)
Zinsergebnis	78,8	104,4
Provisionsergebnis	56,4	52,1
Ordentliche Aufwendungen, davon:	-82,8	-75,7
- Personalaufwand	-54,2	-51,2
- Sachaufwand (inkl. Absetzung für Abnutzung)	-28,6	-24,5
Sonstiges Ergebnis	1,9	2,4
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge	54,3	83,2
Neutrales Ergebnis	3,9	6,0
Außerordentliches Ergebnis	0,0	0,6
Bewertungsergebnis	12,2	1,9
Bildung von Vorsorgereserven für allgemeine Bankrisiken gem. § 340f HGB	-9,0	-50,0
Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken gem. § 340g HGB (2010: Entnahme)	-60,0	200,0
Jahresergebnis	1,4	241,7

Das Zinsergebnis verringerte sich im Vergleich zum Vorjahresniveau deutlich, was hauptsächlich auf das weiterhin niedrige Zinsniveau sowie auf Anpassungen des Zinsbuches an neue aufsichtsrechtliche Vorgaben zurückzuführen ist. Demgegenüber konnte das Provisionsergebnis auch aufgrund von Einmaleffekten erhöht werden.

Der Personalaufwand erhöhte sich hauptsächlich aufgrund weiterer Aufgabenübertragungen sowie bedingt durch das bankweite Projekt zur Erneuerung der DV-Unterstützung. Dies hatte auch Auswirkungen auf den Sachaufwand, welcher ebenfalls gegenüber dem Vorjahr anstieg.

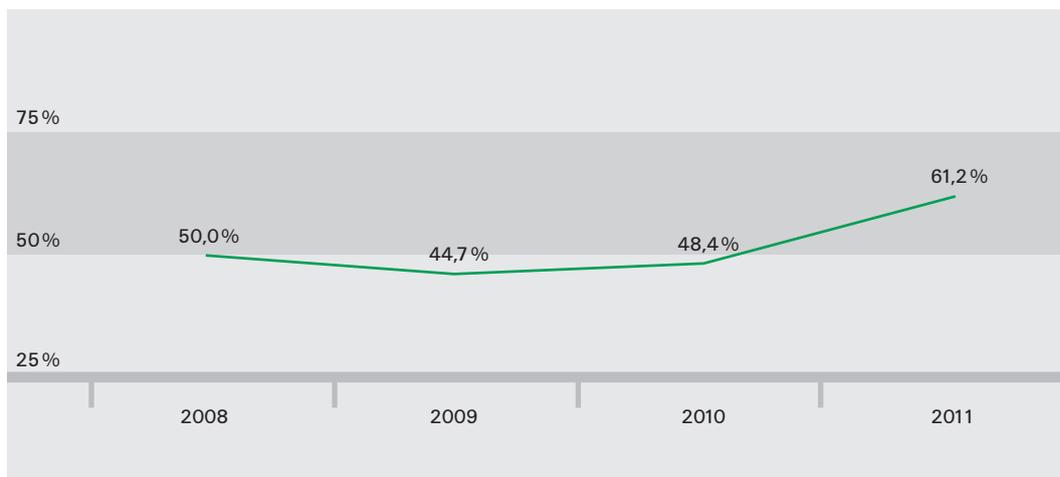
Die Position „sonstiges Ergebnis“ beinhaltet sonstige betriebliche Erträge (3,9 Mio. €) und sonstige betriebliche Aufwendungen (2,0 Mio. €). Das neutrale Ergebnis setzt sich insbesondere aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 1,5 Mio. € und aus Erträgen zum Ausgleich finanzieller Nachteile in Höhe von 2,4 Mio. € zusammen.

Aufgrund von Rückflüssen aus dem Kreditgeschäft konnte die erforderliche Risikovorsorge insgesamt um 12,2 Mio. € reduziert werden. Im Berichtsjahr wurden der Vorsorgereserve für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340f HGB 9,0 Mio. € und dem Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB 60,0 Mio. € zugeführt.

Das Jahresergebnis beträgt 1,4 Mio. €. Der Betrag wird in Höhe von 0,3 Mio. € den satzungsmäßigen Rücklagen sowie in Höhe von 1,1 Mio. € den anderen Gewinnrücklagen zugeführt.

Die Cost-Income-Ratio, d.h. das Verhältnis der ordentlichen Aufwendungen zum Zins- und Provisionsergebnis, liegt bei 61,2%. Der deutliche Anstieg zum Vorjahr resultiert aus dem Rückgang des Zinsergebnisses bei gleichzeitig gestiegenen ordentlichen Aufwendungen, welche wesentlich aus dem bankweiten Projekt zur Erneuerung der DV-Unterstützung resultieren.

Entwicklung der Cost-Income-Ratio



4. Finanz- und Vermögenslage

Die Bilanzsumme der SAB belief sich zum 31. Dezember 2011 auf 9.489,9 Mio. € (Vorjahr: 9.094,3 Mio. €). Die Erhöhung um 395,6 Mio. € erklärt sich aktivisch im Wesentlichen mit erhöhten Forderungen an Kreditinstitute bzw. an die Deutsche Bundesbank. Auf der Passivseite ist dies im Wesentlichen auf eine Erhöhung der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden zurückzuführen. Die Forderungen an Kreditinstitute erhöhten sich um 614,2 Mio. € auf 1.545,4 Mio. € (Vorjahr: 931,2 Mio. €). Die Forderungen an Kunden gingen um 154,6 Mio. € auf 6.614,3 Mio. € (Vorjahr: 6.768,9 Mio. €) zurück. Die SAB hat Wertpapiere im Gesamtvolumen von 1.050,8 Mio. € im Bestand, was einem Rückgang von 92,8 Mio. € gegenüber dem Vorjahr entspricht. 2011 hat die Bank Investitionen in das Anlagevermögen in Höhe von 4,7 Mio. € getätigt, davon sind 1,9 Mio. € für immaterielle Vermögensgegenstände aufgewendet worden. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von 6.487,2 Mio. € setzten sich hauptsächlich aus Refinanzierungsdarlehen bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau Bankengruppe und der Europäischen Investitionsbank zusammen. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden belaufen sich auf 1.853,1 Mio. € (Vorjahr: 1.505,3 Mio. €) und resultieren aus der Mittel-

aufnahme auf dem Kapitalmarkt in Form von Schuldscheindarlehen und Namensschuldverschreibungen sowie aus bewilligten und noch nicht ausgezahlten Fördermitteln. Der Bestand an ausschließlich zu Sicherungszwecken getätigten Derivategeschäften betrug zum Stichtag nominal 4.451,6 Mio. €.

Das Stammkapital der Bank beträgt 500,0 Mio. €. Das haftende Eigenkapital gemäß Solvabilitätsverordnung wird nach Feststellung des Jahresabschlusses per 31. Dezember 2011 bei 895,3 Mio. € liegen.

Die Finanz-, Vermögens- und Ertragslage sind geordnet. Die Zahlungsfähigkeit ist jederzeit gegeben. Die SAB gehört der Entschädigungseinrichtung des Bundesverbandes Öffentlicher Banken Deutschlands GmbH sowie dem Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes Öffentlicher Banken Deutschlands e.V. an.

5. Personalbericht

Am 31. Dezember 2011 beschäftigte die SAB drei Vorstandsmitglieder und 1.018 Mitarbeiter (Vorjahr: 947), davon 247 Mitarbeiter mit zeitlich befristeten Arbeitsverträgen (Vorjahr: 207). 160 Mitarbeitern (Vorjahr: 142) ermöglichte die SAB die Arbeit in Teilzeit (ohne Altersteilzeit), um Familie und Beruf besser zu vereinbaren.

35 Mitarbeiter befanden sich zum 31. Dezember 2011 in Mutterschutz, Elternzeit oder sonstigen Freistellungen (Vorjahr: 32). Außerdem waren 17 Mitarbeiter in der Ruhephase der Altersteilzeit (Vorjahr: 24). Auf Vollbeschäftigteneinheiten umgerechnet be-

trug die aktive Personalkapazität am Jahresende 919,1 (Vorjahr: 855,4). Im Geschäftsjahr 2011 kamen 91 Leiharbeiternehmer (Vorjahr: 124) zum Einsatz und es wurden keine Aushilfen beschäftigt.

Die Personalstruktur der Bank stellte sich zum Stichtag wie folgt dar:

	Weibliche Personen	Männliche Personen		Gesamt
Unter 30 Jahre	99	43	142	14,0 %
30 bis 39 Jahre	212	129	341	33,5 %
40 bis 49 Jahre	231	100	331	32,5 %
50 bis 59 Jahre	137	47	184	18,1 %
Über 60 Jahre	13	7	20	2,0 %
Alle Altersklassen	692	326	1.018	100,0 %

Der Anteil der Frauen an der gesamten Zahl der Mitarbeiter beträgt 68,0% (Vorjahr: 70,1%). Der Altersdurchschnitt der Mitarbeiter der SAB lag zum Jahresende bei 40,7 Jahren (Vorjahr: 40,8). In den letzten fünf Jahren ergibt sich damit eine Erhöhung um 0,4 Jahre. In 2011 stellte die Bank 159 Mitarbeiter neu ein (Vorjahr: 141), 100 Mitarbeiter verließen die SAB (Vorjahr: 81). Die Fluktuationsquote resultiert aus der Befristung von Arbeitsverhältnissen. Bei Neueinstellungen werden bei gleicher Eignung schwerbehinderte Bewerber bevorzugt berücksichtigt. Dies regelt eine mit dem Personalrat der Bank geschlossene Integrationsvereinbarung. Zum Stichtag beschäftigte die SAB 45 Schwerbehinderte (Vorjahr: 33). Um kurzfristig auf Veränderungen der Auftragslage reagieren zu können, setzt die SAB auf den flexiblen Einsatz von Arbeitskräften (zeitliche Befristungen, Leiharbeiternehmer), Altersteilzeitregelungen sowie interne Umsetzungen. Betriebsbedingte Kündigungen wurden nicht vorgenommen. Als ordentliches Mitglied des Bundesverbandes Öffentlicher Banken Deutschlands wendet die SAB die Tarifverträge für das private Bankgewerbe und die öffentlichen Banken an. Dazu zählt

auch der Gehaltstarifvertrag in seiner jeweils geltenden Fassung. Die Eingruppierung in die Tarifgruppen und die Einstufung in die Berufsjahre erfolgen gemäß §§ 6–8 MTV in Verbindung mit der Dienstvereinbarung „Umsetzungsrichtlinie zur Eingruppierung in der Sächsischen Aufbaubank – Förderbank –“ vom 29. April 2011. Die Dienstvereinbarung wurde abgeschlossen, um die Eingruppierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der SAB entsprechend der maßgeblichen und bindenden Regelungen der Tarifverträge für das private Bankgewerbe und die öffentlichen Banken einheitlich tarifgerecht umzusetzen. Die Vergütung aller Mitarbeiter wird im Voraus am Ersten eines Monats gezahlt. Die tarifliche Sonderzahlung wird jeweils mit dem Dezembergehalt gewährt. Die Vergütung der außer- und übertariflichen Mitarbeiter/innen wird individuell vom Vorstand festgelegt. Dabei wird die Bedeutung einer Position jeweils im Verhältnis zu der Bedeutung anderer Positionen betrachtet. Grundsätzlich werden AT- und ÜT-Vergütungen ab der Gruppenleiterebene sowie für einzelne herausgehobene (Spezialisten-) Tätigkeiten gezahlt. Die Untergrenze der AT- und ÜT-Vergütungen weist einen angemessenen Ab-

stand zur höchstmöglichen Tarifvergütung auf. Die AT- und ÜT-Vergütungen werden im Zusammenhang mit tariflichen Vergütungsanpassungen regelmäßig einer Prüfung unterzogen.

Es wurden 909 Mitarbeiter tariflich (Vorjahr: 855) und 109 Mitarbeiter außer- bzw. übertariflich vergütet (Vorjahr: 92).

Das Gehaltsgefüge ist so bemessen, dass qualifiziertes Personal gehalten und gefunden wird.

Die Summe aller fixen Vergütungen (inkl. Leiharbeiternehmer) beträgt 47.757,6 T€.

SAB-eigene Vergütungssysteme, variable Vergütungen und vertragliche Abfindungsregelungen existieren nicht. Die SAB setzt die seit 2003 bestehende tarifliche Möglichkeit zur Zahlung einer leistungs- und/oder erfolgsorientierten variablen Vergütung nicht um. Insofern bedarf es keines Vergütungsausschusses.

Ziel der SAB ist, die Mitarbeiter/innen angemessen zu vergüten, aber zusätzliche Anreize, die die Mitarbeiter/innen dazu verleiten könnten, ihr Handeln allein an finanziellen Anreizen zu orientieren, zu vermeiden. Insofern setzt die Bank keine Vergütungs- und Anreizsysteme ein, deren Ausgestaltung den in der Risikostrategie niedergelegten Zielen widerspricht.

Die tariflich vorgegebene Regelarbeitszeit in der SAB beträgt 39 Stunden pro Woche. Die mit dem Personalrat der Bank abgeschlossene Dienstvereinbarung zur flexiblen Arbeitszeit in der SAB lässt den flexiblen Einsatz der Mitarbeiter entsprechend dem tatsächlichen Arbeitsanfall und ein arbeitnehmerseitiges Zeitmanagement zu. Im Berichtsjahr hat die Bank mit einer Mitarbeiterin (Vorjahr: 11) eine Altersteilzeitvereinbarung geschlossen. Insgesamt 36 Mitarbeiter befanden sich am Jahresende in Altersteilzeit (Vorjahr: 44).

Die SAB bietet einem Teil ihrer Mitarbeiter eine ausschließlich vom Arbeitgeber finanzierte betriebliche Altersversorgung an. Hierbei handelt es sich um den Durchführungsweg einer partiell gedeckten Unterstützungskasse. Die Leistungen der Unterstützungskasse sollen langfristig denen der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) gleichwertig sein. Das Versorgungswerk wurde bereits zum Zeitpunkt seiner Schaffung für Neueintritte nach dem 31. Mai 1997

geschlossen. Das Vermögen der Unterstützungskasse beläuft sich zum Stichtag auf

16.332,3 T€ (Vorjahr: 14.923,1 T€). Es umfasste zum Stichtag 406 (Vorjahr: 408) Anspruchsberechtigte, davon 326 Pensionsanwärter (Vorjahr: 337), 13 ausgeschiedene Pensionsanwärter (Vorjahr: 13) und 67 Pensionsempfänger (Vorjahr: 58).

Mit Wirkung zum 1. Januar 2011 wurde die Versorgungsordnung dieser betrieblichen Altersversorgung an die Leistungen der VBL angepasst (VO 1997 neu). Darüber hinaus gibt es ab 1. Januar 2011 für alle bisher nicht versorgten Mitarbeiter der SAB und für alle zukünftigen Neuzugänge eine neue beitragsorientierte betriebliche Altersversorgung (VO 2011), die wie im öffentlichen Dienst 4% der versorgungsfähigen Bezüge beträgt. Die SAB und die Mitarbeiter (unbefristet und befristet Beschäftigte) beteiligen sich paritätisch zu jeweils 2% der versorgungsfähigen Bezüge. Die Teilnahme an der neuen beitragsorientierten betrieblichen Altersversorgung ist freiwillig, eine Leistung der SAB setzt immer eine Leistung des Mitarbeiters voraus. Die Abwicklung dieser Versorgung erfolgt mit Rückdeckungsversicherungen über die Unterstützungskasse der SAB. Bis zum Stichtag beteiligten sich 317 Mitarbeiter an der neuen beitragsorientierten betrieblichen Altersversorgung.

Außerdem können die Mitarbeiter über die Direktversicherung oder Pensionskasse Altersvorsorgeverträge (arbeitnehmerfinanziert) abschließen.

In 2011 nahmen 977 Mitarbeiter (Vorjahr: 812) an 195 externen (Vorjahr: 263) und 180 internen (Vorjahr: 87) Weiterbildungsmaßnahmen teil. Es handelte sich um ein- oder mehrtägige Seminare, Trainings und Workshops mit den inhaltlichen Schwerpunkten Kredit, Verwaltungsrecht und Informationstechnologie. Der deutliche Anstieg der Anzahl interner Weiterbildungsveranstaltungen im Berichtsjahr ist im Wesentlichen auf die Einführung einer neuen Software zurückzuführen. Insgesamt investierte die Bank 753,2 T€ (Vorjahr: 661,4 T€) in die berufliche Förderung ihrer Mitarbeiter.

Einmal jährlich wird mit allen Beschäftigten ein Mitarbeitergespräch durchgeführt. Mitarbeiter

und Führungskräfte bekommen ein Feedback über die Leistungen und die Qualität der Zusammenarbeit. Gleichzeitig können gemeinsame Ziele für die Zukunft, abgeleitet aus den Zielen der Bank und der jeweiligen Organisationseinheit, vereinbart werden.

Im Berichtsjahr gab die SAB fünf Studenten die Möglichkeit, eine praktische Ausbildung in den Fachrichtungen Wirtschaftsinformatik oder Bankwirtschaft im Rahmen ihres betriebswirtschaftlichen Studiums an der Berufsakademie Sachsen aufzunehmen. Insgesamt befanden sich damit am Jahresende 15 Studenten in einem Ausbildungsverhältnis mit der SAB. Im letzten Jahr schlossen vier Studenten diese Ausbildung ab, von denen einer durch die Bank befristet übernommen wurde. Die praktische Ausbildung der Fachrichtung Bankwirtschaft erfolgt im Verbund mit der Ost-sächsischen Sparkasse Dresden.

6. Nachhaltigkeitsbericht

Als zentrales Förderinstitut des Freistaates Sachsen trägt die SAB eine besondere Verantwortung für die Verbesserung der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Lebens- und Wirtschaftsbedingungen in Sachsen. Die SAB will einen wesentlichen Beitrag für eine wirtschaftlich stabile, ökologisch und sozial gerechte Gesellschaft leisten. In diesem Sinne bekennt sich die Bank zu einer nachhaltigen Ausrichtung ihrer Geschäftstätigkeit und erarbeitet eine Nachhaltigkeitsstrategie.

Die SAB hält alle Unternehmensteile dazu an, Nachhaltigkeitsaspekte inhaltlich und organisatorisch in ihre Arbeitsfelder zu integrieren. Im Berichtsjahr wurden mit der Anpassung der Versorgungsordnung über die betriebliche Altersversorgung, der Installation der hauseigenen Photovoltaikanlage und der Umsetzung eines neuen Entsorgungskonzeptes bereits Projekte umgesetzt, die eine ökonomisch, ökologisch und sozial nachhaltige Ausrichtung der Geschäftstätigkeit der Bank unterstützen.

7. Nachtragsbericht

Am 25. Januar 2012 hat der Sächsische Landtag das Gesetz zur Neuordnung von Standorten der Verwaltung und der Justiz des Freistaates Sachsen

(SächsStOG) verabschiedet. Damit wurde beschlossen, dass der statutarische Sitz der Bank mit Wirkung zum 1. Januar 2017 nach Leipzig verlegt wird. Mit wesentlichen Auswirkungen auf die Ertragslage der Bank im Geschäftsjahr 2012 ist nicht zu rechnen.

Darüber hinaus haben sich nach Schluss des Geschäftsjahres 2011 keine Vorgänge von besonderer Bedeutung ereignet.

8. Risikobericht

Als das landeseigene Förderinstitut des Freistaates Sachsen übt die SAB das Bankgeschäft nicht in allen seinen Formen aus. Die Risikostruktur wird vielmehr vom Förderauftrag des Freistaates bestimmt. Das Kreditportfolio der SAB weist daher sektorale und einzelkreditnehmerbezogene Konzentrationen auf. Außerdem bestehen Konzentrationen bezüglich der Kredite an den Finanzsektor (Hausbankenverfahren, Treasury). Die SAB ist vom Freistaat Sachsen mit Anstaltslast und Gewährträgerhaftung ausgestattet. Außerdem haftet der Freistaat Sachsen für die von der Bank aufgenommenen Darlehen und die von der Bank begebenen Schuldverschreibungen, für die als Festgeschäfte ausgestalteten Termingeschäfte, die Rechte aus Optionen und andere Kredite an die Bank sowie für Kredite, soweit sie von der SAB ausdrücklich gewährleistet werden. Die SAB ist ein Kreditinstitut im Sinne des § 1 Abs. 1 KWG. Sie unterliegt den bankaufsichtsrechtlichen Normen und damit den Anforderungen an ein angemessenes Risikomanagement im Sinne des § 25a Abs. 1 KWG sowie den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk). Darüber hinaus hat sie handels-, förder- und haushaltsrechtliche Regelungen zu beachten.

8.1 Risikomanagement

Die SAB verfügt über ein Risikomanagement- und -controllingsystem, das fest in die betrieblichen Abläufe integriert ist. Ziel der ordnungsgemäßen Geschäftsorganisation ist es, wesentliche Risiken frühzeitig zu erkennen, vollständig zu erfassen und in angemessener Weise darzustellen und zu steuern.

Die Risikosteuerungs- und -controllingprozesse werden in jährliche (strategische) und unterjährige (operative) Prozesse gegliedert. Zu den strategischen Prozessen zählen neben der Risikoinventur zur Identifizierung und Beurteilung der Risiken die Risikotragfähigkeitskonzeption und die Aufstellung/Überprüfung der Geschäfts- und Risikostrategie. Die operativen Prozesse umfassen die regelmäßige qualitative sowie quantitative Bewertung und (soweit erforderlich) Limitierung der Risiken, die turnusmäßige und die unter Risikogesichtspunkten (ad hoc) erfolgende Berichterstattung sowie die Steuerung der Risiken einschließlich der Überwachung von Maßnahmen. Das zentrale Dokument des Risikomanagements der SAB ist das Risikohandbuch. Darüber hinaus gelten weitere Arbeitsanordnungen und Fachhandbücher der im Intranet der SAB eingestellten Schriftlich Fixierten Ordnung.

Der Vorstand trägt die Gesamtverantwortung für die Steuerung aller Risiken der Bank. Er ist verantwortlich für ein Risikomanagement- und -controllingsystem, das dem Umfang, der Komplexität und dem Risikogehalt der Geschäfte der

SAB unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit entspricht. Das schließt die regelmäßige Überprüfung und fortlaufende Weiterentwicklung des Systems ein. Der Vorstand gibt die Ziele, Strategien und internen Kontrollverfahren für das Risikomanagement vor.

Wesentliche Grundlage für die Gesamtbanksteuerung ist die aus der Geschäftsstrategie abgeleitete Risikostrategie. Im Rahmen der Risikostrategie werden alle wesentlichen auf die Bank wirkenden Risiken innerhalb des Bankbetriebes aufgezeigt und Vorgaben zu deren Steuerung und Entwicklung festgelegt.

Der Informationsfluss zwischen dem Vorstand und der zweiten Führungsebene erfolgt u.a. im Rahmen des Risikoausschusses. In diesem Ausschuss werden regelmäßig vom Vorstand sowie den Leitern der Abteilungen Risikomanagement und Controlling, Treasury, Organisation und Prozessgestaltung sowie Innenrevision die für die Bank relevanten Risiken analysiert und bewertet.

Risiken können in sämtlichen Unternehmensbereichen auftreten. Die Bestimmung und Analyse der Risikokategorien bezieht sich auf die gesamte Bank und ihr Umfeld.

Risikokategorie	Wesentlichkeit
Adressenausfallrisiko	ja
Marktpreisrisiko	ja
Operationelles Risiko	ja
Liquiditätsrisiko	ja
Geschäftsrisiko	ja
Strategisches Risiko	keine Bewertung
Reputationsrisiko	keine Bewertung

Das Gesamttrisikoportfolio der SAB wird im Wesentlichen durch die eingegangenen Kreditrisiken bestimmt. Weitere wesentliche Risiken bestehen im Marktpreisrisiko, im operationellen Risiko, im Liquiditätsrisiko sowie im Geschäftsrisiko. Das strategische Risiko und das Reputationsrisiko sind hinsichtlich ihrer quantitativen Risikowirkung nicht eindeutig abgrenzbar, nicht abschätzbar

und somit auch nicht limitierbar. Sie fließen vielmehr indirekt über die übrigen Risiken in die Risikobewertung ein. Es ist sichergestellt, dass die wesentlichen Risiken – mit Ausnahme des Liquiditätsrisikos, da dieses nicht sinnvoll mit Eigenkapital begrenzt werden kann – durch das Risikodeckungspotenzial laufend abgedeckt sind und die Risikotragfähigkeit

gegeben ist. Das Risikodeckungspotenzial setzt sich aus dem Betriebsergebnis vor Risikovorsorge, offenen Rücklagen, dem Fonds für allgemeine Bankrisiken sowie dem gezeichneten Kapital und sonstigem Ergänzungs- oder Nachrangkapital zusammen. Die Risikodeckungsmasse wird vor allem durch die Adressenausfallrisiken ausgelastet. Ein Teil wird zur Deckung der Marktpreis-

risiken, operationeller Risiken und des Geschäftsrisikos benötigt. Darüber hinaus steht noch Risikodeckungsmasse für die Abdeckung unerwarteter Verluste zur Verfügung. Die Überwachung der Risikotragfähigkeit erfolgt GuV- und kapitalbezogen.

Die Risikodeckungsmassen stellen sich zum Stichtag 31. Dezember 2011 wie folgt dar:

	Wert der Risiko- deckungsmasse	Belegung durch aufsichtsrechtliche Eigenmittelan- forderungen (8,5%)	Separierung vorsorglich für Wert- papierrisiken	Verbleibender Wert der Risikodeckungs- massen für die Risikotragfähigkeit
in Mio. €				
Primär (Ertrag)	54			54
Sekundär (Reserven)	50 140		50	- 140
Tertiär (Kapital)	623	264		359
Gesamt	867			553

Ferner besteht eine Bürgschaft des Freistaates Sachsen. Hierbei handelt es sich um die Einräumung eines Bürgschaftsrahmens von ursprünglich 250,0 Mio. €. Dieser war zum 31. Dezember 2011 in Höhe von 133,1 Mio. € mit Engagements belegt (Vorjahr: 129,4 Mio. €). Der Freistaat unterstützt damit die SAB, da die Konzentration des Adressenausfallrisikos im Kreditportfolio auf die sächsische Wohnungswirtschaft überwiegend aus der Umsetzung des Förderauftrages resultiert.

Die Risikotragfähigkeit der SAB ist gegeben. Bei der GuV-Betrachtung wurde die durch das Betriebsergebnis 2011 definierte primäre Risikodeckungsmasse nur in geringem Umfang durch die eingetretenen Risiken belegt. Bestandgefährdende Risiken werden derzeit nicht gesehen. Die Eigenkapitalquote nach Solvabilitätsverordnung liegt nennenswert über der aufsichtsrechtlich geforderten Größe von 8%, so dass die SAB bereits schon jetzt die Eigenkapitalanforderungen nach Basel III übererfüllt.

8.2 Risikoarten

Adressenausfallrisiken

Das Adressenausfallrisiko beschreibt die Gefahr der Nichteinhaltung von Zahlungsverpflichtungen durch einen Kreditnehmer, Emittenten oder Kontrahenten innerhalb der vorgegebenen Frist. Es umfasst das Kredit-, das Emittenten-, das Kontrahenten-, das Beteiligungs-, das Struktur- und das Länderrisiko.

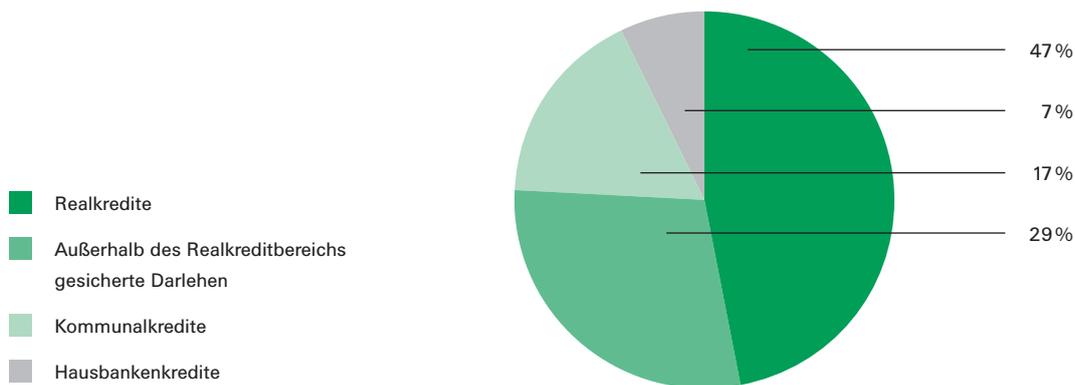
Kreditrisiko ist das Risiko, dass Vertragspartner ihren Zahlungsverpflichtungen hinsichtlich der Höhe bzw. des Zeitpunktes nicht oder nur teilweise nachkommen.

Das Kreditgeschäft der SAB basiert auf der Risikostrategie. Diese wird regelmäßig jährlich und ggf. anlassbezogen überprüft, vom Vorstand beschlossen und mit dem Verwaltungsrat erörtert. Der Vorstand und der Verwaltungsrat erhalten vierteljährlich einen Risikobericht, um die Risikostruktur und die Entwicklung des Kreditportfolios überwachen zu können.

Die Risikostrategie orientiert sich an den Förderbereichen der Bank und umfasst mindestens die Aspekte Volumen und Qualität. Weitere Kriterien können – je nach Förderbereich – die regionale Verteilung, die Branchenverteilung oder die Größenklassenverteilung sein. Die Risikostrategie umfasst

auch das Treasury- und das Beteiligungsportfolio. Die Kreditqualität ist maßgeblich von den zugrunde liegenden Förderprogrammen geprägt. Das Kreditportfolio besteht im Wesentlichen aus Realkrediten (47 %) und außerhalb des Realkreditbereichs gesicherten Darlehen (29 %).

Kreditqualität des Förderkreditportfolios



Die Adressenausfallrisiken werden in Risikoklassifizierungsverfahren erfasst und hinsichtlich Volumen und Qualität bewertet. Je nach Förderbereich werden außerdem die Verteilung nach Regionen, Branchen und Größenklassen in das Risikomanagement einbezogen. Ferner fließt in die Beurteilung von Wohnungsbauengagements eine regionalisierte Wohnungsmarktanalyse ein. Zum Zwecke der portfolioübergreifenden Vergleichbarkeit der Adressenausfallrisiken werden die internen Risikoklassen auf eine einheitliche Skala angepasst, die sich an der Skala der ehemaligen IFD – Initiative Finanzstandort Deutschland – orientiert. In die Risikoklassen 1 und 2 werden 68 % des Förderkreditportfolios eingeordnet. In den schlechtesten Klassen 7 und 8 befinden sich 11 %. Die Risiken aus diesen Engagements sind durch Risikovorsorge und Sicherheiten ausreichend abgedeckt.

Die Steuerung der Adressenausfallrisiken erfolgt einzel- und gesamtgeschäftsbezogen. Einzelgeschäftsbezogen bedeutet, dass die wirtschaftlichen

Verhältnisse des Kreditnehmers sowie der Wert der Sicherheiten turnusmäßig und gegebenenfalls anlassbezogen überwacht und ausgewertet werden. Das Vorgehen entspricht den Geschäftsprozessen der SAB. Die gesamtgeschäftsbezogene Steuerung stellt auf die Instrumente zur Beobachtung und aktiven Einflussnahme auf Teilportfolien und das gesamte Kreditportfolio ab. Die Einbeziehung der Adressenausfallrisiken in das Risikomanagement erfolgt GuV-bezogen anhand der unterjährigen Entwicklung der Einzelwertberichtigungen sowie der Risikovorsorgeplanung. Bei der Bemessung der Risikovorsorge ist grundsätzlich auf den drohenden Forderungsausfall unter Berücksichtigung des Sicherheitenerlöses abzustellen. Im Teilportfolio Organisierte Wohnungswirtschaft kann von dem Grundsatz der Bemessung der Risikovorsorge auf den drohenden Ausfall abgewichen werden, wenn im Rahmen der Engagementbearbeitung eingeschätzt wird, dass das Engagement in Zusammenarbeit mit dem Darlehensnehmer in einem überschaubaren Zeitraum

durch einen Forderungsverzicht auf einen bestimmten Teil der Forderung der SAB saniert werden kann. In diesen Fällen kann bei der Bemessung der Risikovorsorge auf einen zu kalkulierenden Verzicht abgestellt werden.

Der angesetzte Sicherheitenerlös ergibt sich aus den Erfahrungen der Bank unter Berücksichtigung von Abschlägen.

Die SAB unterscheidet die Kreditportfolien Selbstnutzer, Organisierte Wohnungswirtschaft, Private Vermieter (Wohnungsbau), Umwelt- und Landwirtschaft, Infrastruktur und Städtebau sowie Wirtschaft. Die Kundenstruktur ergibt sich aus der Zuweisung von Förderaufgaben an die SAB.

Jedes Teilportfolio wird über spezifische Rating- und Scoringsysteme bewertet, überwacht und gesteuert. Diese Risikoklassifizierungssysteme werden regelmäßig im Rahmen von Backtestings überprüft.

Zur Risikofrüherkennung werden die Risikoklassifizierungsverfahren mit kontenbezogenen Negativmerkmalen sowie Ausfallprognosen und Portfolioanalysen verknüpft. Zur speziellen unterjährigen Steuerung und Quantifizierung der Adressenausfallrisiken wird außerdem ein Risikovorsorgeprognosesystem angewendet. Das gesamte Kreditrisikoüberwachungs- und -steuerungsinstrumentarium fließt in ein Berichtswesen ein, das die dem Kreditportfolio immanenten Risiken transparent macht.

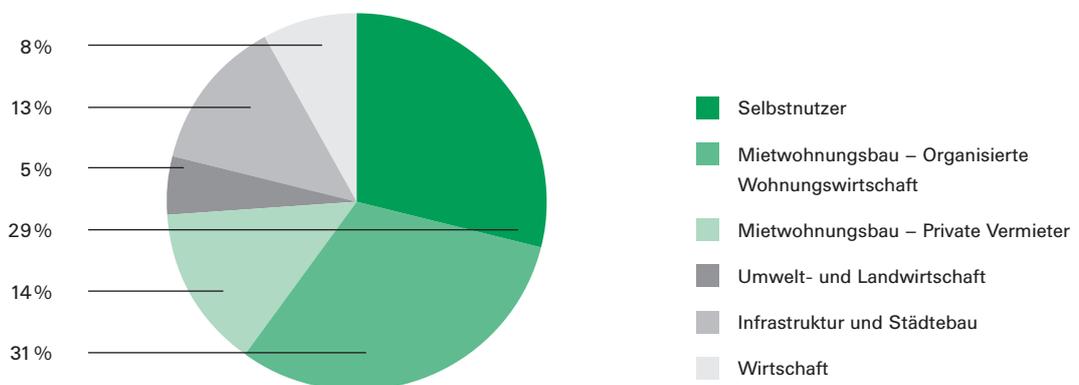
Die Erkenntnisse aus der Risikofrüherkennung werden für das Risikovorsorgeprognosesystem genutzt. Basierend auf den Erfahrungen der letzten Jahre, den Ausfallprognosen sowie der unterjährigen Entwicklung der Risikovorsorge erstellt die SAB eine Prognose der notwendigen Risikovorsorge.

Aufgrund ihres Förderauftrages und einer förderbedingten Konzentration auf das Immobiliengeschäft bestehen bei der SAB sektorale und einzelkreditnehmerbezogene Konzentrationen.

Diesem Umstand trägt die SAB u.a. durch besondere Beobachtung des sächsischen Wohnungsmarktes Rechnung. Zudem werden die Risiken durch Stellung geeigneter Sicherheiten sowie durch die Bürgschaft des Freistaates Sachsen reduziert. Aufgrund des seit Jahren niedrigen Zinsniveaus sowie des im Rahmen des Rückbaus der Wohnungsbestände verringerten Leerstandes hat sich die Kapitaldienstfähigkeit der sächsischen Wohnungsunternehmen kontinuierlich verbessert. Das Volumen des Förderkreditportfolios ist – nach einem Anstieg im Vorjahr – leicht rückläufig.

Die Forderungen aus dem Fördergeschäft betragen 6.228 Mio. €. Auf Kredite größer 5 Mio. € entfallen 49% des Förderkreditportfolios. Aufgrund der Zielgruppen der Förderprogramme, insbesondere Selbstnutzer sowie Private Vermieter, besteht auch weiterhin ein großer Teil in Höhe von 35%

Volumenverteilung des Förderkreditportfolios



des Portfolios aus Krediten bis 0,5 Mio. €. Die ausgereichten Darlehen dienen insbesondere der Investitionsförderung.

Das Teilportfolio Selbstnutzer umfasst mit 29% des gesamten Kreditportfolios der SAB ein Volumen von 1.775 Mio. € und verteilt sich auf ca. 22.900 Privatkunden. Es ist angesichts seines hohen Umfangs risikorelevant. Die Risikorelevanz einzelner Engagements ist jedoch durch die hohe Granularität gering. Die Zusammensetzung des Portfolios ist im Berichtsjahr konstant geblieben. Zudem wurden Sondertilgungen zum Ablauf der Zinsbindungsfrist vorgenommen. Erkennbare Risiken in diesem Teilportfolio sind durch Einzelwertberichtigungen oder Pauschalwertberichtigungen abgedeckt.

Das Teilportfolio Organisierte Wohnungswirtschaft beinhaltet Kredite an Wohnungsgesellschaften und -genossenschaften auf dem Gebiet des Freistaates Sachsen. Die Kredite wurden zum Zweck des Neu-, Um- und Ausbaus oder der Modernisierung von Mietwohnungen im Rahmen der jeweiligen Förderprogramme vergeben. Das Teilportfolio mit einem Volumen von 1.950 Mio. € ist insbesondere aufgrund seiner Größe, des vergleichsweise hohen Obligos bei einzelnen Kreditnehmern sowie der teilweise schwierigen Marktbedingungen, unter denen diese Kreditnehmer tätig sind, für die Bank kreditrisikorelevant. Die Organisierte Wohnungswirtschaft in Sachsen verfügt über einen Wohnungsbestand von ca. 600.000 Wohnungen. Dies entspricht in etwa 40% des Bestandes an Wohnungen in Mehrfamilienhäusern. Etwa die Hälfte der Wohnungsunternehmen nimmt aktiv am Stadtumbauprozess teil. Der Rückbau vollzieht sich fast ausschließlich im Bereich dieser Unternehmen. Durch den konsequenten Rückbau der Wohnungsbestände sächsischer Wohnungsunternehmen verringerte sich deren Leerstand auf aktuell durchschnittlich 11% (2002: ca. 20%). Dies entspricht einem Bestand von ca. 70.000 Wohneinheiten und steht für ca. ein Viertel des Gesamt leerstandes. Insbesondere bei den am Rückbau beteiligten Unternehmen hat sich die wirtschaftliche Situation durch den Wegfall leerstandsbedingter Kosten sowie die Altschuldenentlastung stabilisiert. Die Organisierte Wohnungswirtschaft

ist durch die erfolgten aufwandsseitigen Anpassungsmaßnahmen wirtschaftlich stabiler als noch vor wenigen Jahren. Erkennbaren Risiken wurde durch Einzelwertberichtigungen oder die Belegung des Bürgschaftsrahmens des Freistaates Sachsen Rechnung getragen.

Das Teilportfolio Private Vermieter umfasst ein Volumen von 899 Mio. €. Bei den ca. 2.300 Kreditnehmern überwiegen die privaten Investoren. Dieses Portfolio ist aufgrund seines Umfangs, des betriebenen Individualgeschäfts sowie der teilweise schwierigen Marktbedingungen für die finanzierten (Sicherungs-) Objekte risikorelevant. Anders als die Organisierte Wohnungswirtschaft wirken die Privaten Vermieter bislang kaum am Stadtumbauprozess mit.

Insgesamt stieg die Risikokonzentration im Portfolio Wohnungsbau aufgrund des Abschmelzens des Teilportfolios Selbstnutzer.

Das Teilportfolio Umwelt und Landwirtschaft beinhaltet Förderdarlehen im Rahmen der wasserwirtschaftlichen Maßnahmen und Klimaschutzmaßnahmen, Kommunalkredite sowie Förderdarlehen an die sächsische Landwirtschaft in Höhe von insgesamt 303 Mio. €. Das gesamte Teilportfolio ist nach Art, Umfang und Komplexität derzeit als nicht risikorelevant einzustufen.

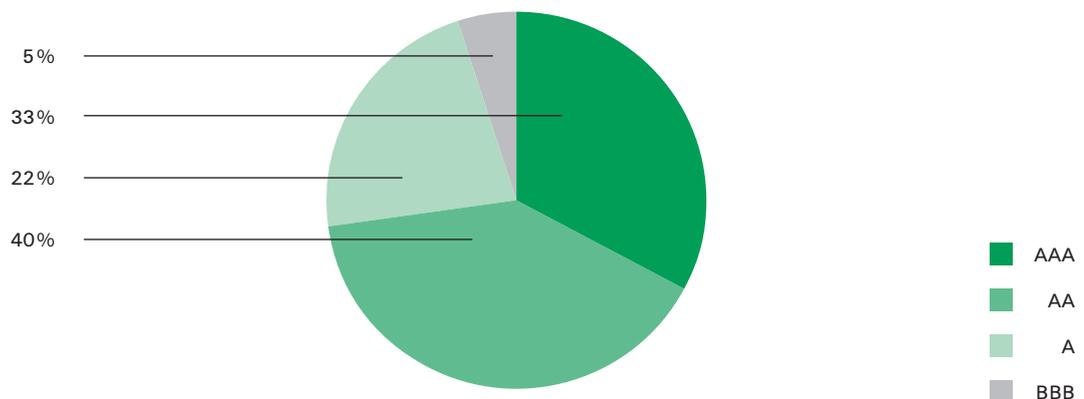
Das Teilportfolio Infrastruktur und Städtebau ist aufgrund seines hohen Anteils an Kommunalkrediten derzeit nicht risikorelevant. Die Forderungen aus dem Bereich Infrastruktur und Städtebau betragen im Berichtsjahr 822 Mio. €. Das Teilportfolio Wirtschaft beinhaltet Förderdarlehen im Hausbankenverfahren sowie Bürgschaften im Eigenobligo der Bank an Unternehmen der sächsischen Wirtschaft in Höhe von 479 Mio. €. Der Bereich des Teilportfolios Wirtschaft, der die Zielgruppe der Förderprogramme Rettungs- und Umstrukturierungsbeihilfen, Krisenbewältigung und Neustart sowie Liquiditätshilfedarlehen der gewerblichen Wirtschaft repräsentiert, ist nur in geringem Maße als risikorelevant einzustufen. Bestehende Risiken sind durch Einzelwertberichtigungen abgedeckt.

Treasuryaktivitäten der SAB umfassen Geschäfte in verzinslichen Wertpapieren, Geschäfte in Derivaten, Geld- und Kapitalmarkt- sowie Devisenge-

schäfte. Die Risikostrategie für das Teilportfolio Treasury stellt den strategischen Rahmen dar. Vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklung an den Finanzmärkten sind und werden ergänzend operative Festlegungen getroffen. Es werden ausschließlich fest- und variabelverzinsliche Euro-Wertpapiere erworben, wobei Zinsrisiken grundsätzlich abgesichert werden. Auf den Kauf von strukturierten Wertpapieren wird verzichtet. Das Wertpapiergeschäft der Bank dient dem Aufbau langfristiger Aktiva mit guter Kreditqualität, verbunden mit einer Risikodiversifi-

kation sowie einer nachhaltigen Stärkung der Ertragskraft. Dem Erwerb von Wertpapieren in den Anlagebestand liegt dabei der „Buy and Hold“-Ansatz zugrunde, der den Status der SAB als Nicht-handelsbuchinstitut bestätigt. Dem folgt eine Bilanzierung nach dem gemilderten Niederstwertprinzip. Schwebende Verluste sind somit erst GuV-wirksam, sofern eine dauerhafte Wertminderung angenommen werden muss. Die SAB verfolgt eine konservative Anlagestrategie. 33% des Wertpapierportfolios sind mit AAA-Adressen und weitere 40% mit AA-Adressen belegt.

Qualität des Wertpapierportfolios



Darüber hinaus hält die SAB Schuldscheindarlehen und Namensschuldverschreibungen gegenüber inländischen öffentlichen Stellen in Höhe von 1.658 Mio. € im Bestand, welche nach Solvabilitätsverordnung nicht mit Eigenkapital unterlegt werden müssen und nicht dem Wertpapierportfolio zugeordnet werden.

Voraussetzung für Anlageentscheidungen sind Mindestratings der Ratingagenturen Standard & Poor's, Moody's oder Fitch. Einer Anlageentscheidung werden zusätzlich eigene Erkenntnisse zugrunde gelegt. Konkret erfolgt eine eingehende Analyse der Bonität des Schuldners, der relevanten Märkte und der Art und Ausstattung des Finanzproduktes. Für Risiken im Wertpapierbestand wurde ein Betrag von 50 Mio. € vorsorglich mit Eigenmitteln unterlegt.

Das Kontrahentenrisiko beschreibt die Gefahr des Ausfalls von noch nicht bzw. nicht vollständig abgewickelten Handelsgeschäften eines ausfallenden Kontrahenten. Dieses Risiko wird als nicht wesentlich eingeschätzt. Die Kontrahenten der SAB müssen auf unbesicherter Basis grundsätzlich ein Mindestrating von AA- und auf besicherter Basis ein Mindestrating von A- aufweisen. Länderrisiko kann ein Kredit- oder Kontrahentenrisiko sein, welches nicht durch den Vertragspartner selbst, sondern aufgrund seines Sitzes besteht. Wirtschaftliche oder politische Einflussnahme des Landes kann die Zahlung des zahlungspflichtigen Vertragspartners beeinflussen. Da sich die Tätigkeit der SAB auf Sachsen beschränkt, ist das Länderrisiko innerhalb des Kreditrisikos kaum relevant. Es bestehen vereinzelte Dar-

lehen an ausländische Kreditnehmer zum Zwecke der Finanzierung sächsischer Wohnimmobilien. Der Erwerb ausländischer Anleihen ist beschränkt. Gemäß den Rahmenbedingungen für das Betreiben von Handelsgeschäften der SAB handelt es sich vornehmlich um Risiken aus einzelnen EWWU-Ländern.

Eine Länderrisikovorsorge hält die Bank derzeit nicht für erforderlich.

Das Beteiligungsrisiko beschreibt die Gefahr potenzieller Wertverluste aufgrund von Dividendenausfällen, Abschreibungen, Reserverückgängen oder Veräußerungsverlusten. Das Risiko wird als nicht wesentlich eingeschätzt. Die SAB geht Beteiligungen nur aus strategischen Erwägungen im Rahmen des Förderauftrages ein.

Marktpreisrisiken

Das Marktpreisrisiko ist die Gefahr der Vermögenswertminderung aufgrund sich verändernder preisbildender Parameter, beispielsweise:

- ▶ Zinsen
- ▶ Aktienkurse
- ▶ Währungskurse

Das Zinsänderungsrisiko beschreibt die Schwankungen des Zins- und Bewertungsergebnisses im Wertpapiergeschäft wegen der Veränderlichkeit der Zinsstrukturkurven. Dieses Risiko wird durch die SAB als wesentlich eingestuft. Refinanzierungen erfolgen weitestgehend fristenkongruent. Die SAB betreibt eine benchmarkorientierte Zinsbuchsteuerung. Die Überwachung des Zinsänderungsrisikos erfolgt mittels eines Value-at-Risk-Ansatzes unter Zugrundelegung der aufsichtlich vorgegebenen Parameter (Konfidenzniveau 99,0%, Haltedauer zehn Tage) auf Basis eines Varianz-Kovarianz-Modells. Zum Ende des Berichtsjahres war das Limit von 35 Mio. € zu 76,3% ausgelastet. Zudem wird die Auswirkung eines standardisierten Zinsschocks auf den Barwert des Zinsbuches ermittelt. Diese belief sich zum Ende des Berichtsjahres auf 16,5% des haftenden Eigenkapitals und liegt damit deutlich unter der aufsichtsrechtlichen Schwelle von 20%.

Die bei der Bank bestehenden Risiken resultieren ausschließlich aus dem zinstragenden Geschäft. Die Bank setzt zur Steuerung auch Derivate ein.

Sämtliche Derivategeschäfte wurden zu Sicherungszwecken abgeschlossen. Die Messung des Zinsrisikos erfolgt sowohl barwertig über den zuvor beschriebenen Value-at-Risk-Ansatz als auch GuV-orientiert. Die Berücksichtigung extremer Marktsituationen erfolgt im Rahmen von Szenariobetrachtungen. Auch GuV-bezogen wurden die bestehenden Limits im Berichtsjahr stets eingehalten.

Die SAB hat keine Aktienrisiken. Die Beteiligung mit fünf Aktien am Europäischen Investitionsfonds (EIF) wurde wegen des strategischen Charakters im Beteiligungsrisiko erfasst.

Währungsforderungen und -verbindlichkeiten werden täglich zum aktuellen Kurs bewertet. Fremdwährungsgeschäfte werden grundsätzlich über Gegengeschäfte vollständig gesichert.

Operationelle Risiken

Das operationelle Risiko ist die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen oder Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Das rechtliche Risiko ist in dieser Definition eingeschlossen. Strategische und Reputationsrisiken werden nicht betrachtet.

Die operationellen Risiken werden als wesentlich eingeschätzt. Die Abteilung Risikomanagement und Controlling erfasst, analysiert, systematisiert und bewertet eingetretene Risiken bankweit in einer Schadensfalldatenbank. Entscheidungen über Maßnahmen zur Risikosteuerung trifft der Vorstand, die Überwachung obliegt dem Risikocontrolling. Die SAB verfügt über eine umfassende Notfallplanung. Der Parallelbetrieb mehrerer Rechenzentren gewährt die IT-Sicherheit. Des Weiteren existieren diverse Kontrollmechanismen, Dokumentationspflichten, Standardisierungen, Zugangsbeschränkungen sowie Versicherungen zu verschiedenen Aspekten.

Seit Anfang 2011 läuft das bankweite Projekt „Erneuerung der DV-Unterstützung“, dessen Abschluss bis 31. Mai 2013 geplant ist. Aus diesem Projekt resultieren operationelle Risiken. Dem termingerechten Projektablauf trägt die Bank durch eine geeignete Projektplanung und ein Projektcontrolling Rechnung.

Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko ist die Gefahr der Zahlungsunfähigkeit durch einen unerwarteten Abfluss von Zahlungsmitteln oder fehlende Möglichkeiten der Zahlungsmittelbeschaffung. Zu den Liquiditätsrisiken gehören das Risiko unzureichender Marktliquidität und das Liquiditätsrisiko des Kreditinstituts, wonach die Bank ihren Zahlungsverpflichtungen betrags- und/oder fristgerecht nur mit einem erhöhten Refinanzierungsaufwand (Anstieg der Refinanzierungsspreads) nachkommen könnte, bis hin zur Gefahr der Zahlungsunfähigkeit.

Liquiditätsrisiken wurden als wesentlich eingestuft. Aufgrund der guten Bonität der SAB vor dem Hintergrund der Anstaltslast und Gewährträgerhaftung sind die Liquiditätsrisiken nicht erheblich. Der SAB werden von ihren Partnern Limite eingeräumt, über die auch Liquiditätsschwankungen ausgeglichen werden können. Die SAB betreibt kein Einlagengeschäft.

Das Risiko der unzureichenden Marktliquidität wird als gering eingeschätzt. Die SAB betreibt kein Eigenhandelsgeschäft, sie ist Nichthandelsbuchinstitut gemäß § 2 Abs. 11 KWG.

Die Steuerung der Liquidität erfolgt über das Treasury, das täglich eine Liquiditätsübersicht erstellt.

Die aufsichtsrechtlichen Regelungen zur Risikobegrenzung wurden sowohl quantitativ als auch qualitativ eingehalten.

Die Liquiditätskennziffer bewegte sich im Berichtsjahr zwischen 2,48 und 8,44 (Vorjahr: 1,59 und 3,03) und betrug zum Stichtag 31. Dezember 2011 2,96. Die Überwachung obliegt dem Rechnungswesen der SAB.

Die Berichterstattung über Liquiditätsrisiken erfolgt im Rahmen der Sitzungen des Risikoausschusses.

Liquiditätsrisiken werden, da diese nicht sinnvoll mit Eigenkapital begrenzt werden können, nicht in die Risikotragfähigkeitsberichterstattung einbezogen.

Geschäftsrisiken

Das Geschäftsrisiko ist in der SAB definiert als die Gefahr einer Unterschreitung des geplanten

Kundengeschäftsergebnisses. Das Geschäftsrisiko resultiert sowohl aus den Abweichungen des tatsächlichen Konditionsbeitrages vom geplanten Konditionsbeitrag als auch aus der Nichterreichung geplanter Kundengeschäftsvolumina. Aufgrund des Status als Förderinstitut steht die SAB bei der Vergabe von Fördermitteln nicht im unmittelbaren Wettbewerb. Ein Risiko besteht im Wesentlichen für das Prolongations-/Zinsanpassungsgeschäft. Aufgrund des stark von Zuschüssen geprägten Fördergeschäfts der Bank besteht für das Neugeschäft nur ein geringes Risiko.

Das Geschäftsrisiko ist als wesentlich klassifiziert und in das Risikotragfähigkeitskonzept einbezogen.

9. Prognosebericht

Wirtschaftliche und soziale Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft dürfte sich auch 2012, anders als im Großteil des übrigen Euro-Währungsgebietes, positiv entwickeln. Die weltweite Verunsicherung an den Kapitalmärkten bleibt weiterhin ein gesamtwirtschaftlicher Risikofaktor.

Zum Jahreswechsel war die Zahl der Beschäftigten so hoch wie nie zuvor, die Kapazitäten der Industrie waren besser ausgelastet als im langjährigen Durchschnitt und die Unternehmen waren gemessen am Ifo-Geschäftsklimaindex sehr zuversichtlich. Ausgehend von diesem hohen Niveau wird sich die Wirtschaft in Deutschland im Konsens der Prognosen nur mit einem leichten Plus entwickeln. Die Zahl der Erwerbstätigen wird 2012 gemäß dem Jahreswirtschaftsbericht 2011 der Bundesregierung auf über 41,3 Mio. steigen, was zu steigenden Löhnen bzw. Lohnforderungen führen kann. Das verfügbare Einkommen der Haushalte wird demzufolge um 3% wachsen und die inländische Konsumnachfrage anregen. Die realwirtschaftliche Entwicklung ist dabei abhängig von einer nachhaltigen Lösung der europäischen Staatsschuldenkrise und der Lage der Finanz- und Kapitalmärkte.

Die sächsische Wirtschaft wird sich 2012 gemäß der ifo-Konjunkturprognose für Ostdeutschland und Sachsen weiterhin positiv und entsprechend

dem Wachstumspfad der gesamtdeutschen Volkswirtschaft entwickeln. Die Auftragslage der sächsischen Wirtschaft ist gut und die Einstellungsbereitschaft wird weiterhin als hoch eingeschätzt. Die Rezessionsprognosen für das Euro-Währungsgebiet werden sich allerdings auf den überwiegend vom europäischen Wirtschaftsgeschehen abhängigen Außenbeitrag des Freistaates auswirken. Die großen Handelspartner Tschechische Republik und Polen können jedoch mit einem prognostizierten, überdurchschnittlichen Wachstum des Bruttoinlandsproduktes in 2012 von 2,6% bzw. 1,6% positive Außenhandelsimpulse setzen. Der sächsische Arbeitsmarkt wird entsprechend der ifo-Konjunkturprognose für Ostdeutschland und Sachsen die positive Entwicklung in 2012 fortsetzen können, wenn auch nur mit einem im Bundesvergleich unterdurchschnittlichen Wachstum der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Das Niveau der Langzeitarbeitslosen wird auch weiterhin über dem Durchschnittswert der Bundesrepublik wie auch der ostdeutschen Flächenländer liegen.

Der demografische Trend des Bevölkerungsrückgangs wird sich fortsetzen. Diese mit der 5. Regionalisierten Bevölkerungsprognose von 2010 vorgezeichnete Entwicklung wird voraussichtlich durch die einsetzende Stabilisierung des Wanderungssaldos leicht schwächer ausfallen. Die unterschiedlichen Arbeitsplatz- und Ausbildungsplatzchancen führen gemäß Statistischem Landesamt Sachsen darüber hinaus zu einer anhaltenden Binnenwanderung innerhalb des Freistaates, bei der die Gemeinden mit unter 50.000 Einwohnern auch Einwohner an die sächsischen Großstädte und deren Umland verlieren. Die Städte Dresden und Leipzig werden mittelfristig leicht wachsen.

Die Entwicklung der sächsischen Wohnungsmärkte wird zukünftig durch den steigenden Sterbeüberschuss von zunehmendem Leerstand geprägt sein. Der Ballungsraum Dresden bildet hierbei aufgrund des positiven Wanderungssaldos sowie des Geburtenüberschusses eine Ausnahme. Selbst mit einer Weiterführung des geförderten Rückbaus auf bisherigem Niveau kann die Leerstandsquote im gesamten Freistaat Sachsen von 11,2% (2010) bestenfalls gehalten werden.

Fördertätigkeit

Die SAB wird 2012 mit der Vorbereitung der Abschlussarbeiten zur aktuellen EU-Strukturfondsperiode 2007 bis 2013 beginnen.

Das Neugeschäft der Bank wird sich in 2012 vor dem Hintergrund rückläufiger Mittelausstattungen von Bund und Land voraussichtlich leicht rückläufig entwickeln.

Die SAB wird – wie auch in den folgenden Jahren – den gesamten Prozess des Stadtumbaus durch die Finanzierung von Rückbau- und Aufwertungsmaßnahmen begleiten. In 2012 soll zudem das Förderverfahren für Rückbaumaßnahmen von Wohngebäuden von einer Festbetragsfinanzierung auf eine Anteilsfinanzierung umgestellt werden.

In der Wohnungsbaufinanzierung soll das in 2011 erreichte Neugeschäftsvolumen verstetigt und gleichzeitig die Portfolioqualität verbessert bzw. mindestens beibehalten werden. Aufgrund der Anfang 2012 angepassten Förderkonditionen ist eine weiterhin gute Inanspruchnahme der Förderprogramme zu erwarten.

Im Bereich Infrastruktur und Städtebau soll das Fördergeschäft sowohl mit juristischen Personen des öffentlichen Rechts als auch mit privatrechtlichen Unternehmen mit mehrheitlich kommunalem Hintergrund und gemeinnützigen Organisationen im Freistaat Sachsen ausgebaut werden. Hierzu soll u.a. auch das KfW-Förderprogramm „Kommunal Investieren“ beitragen.

Erstmals wird die SAB im Rahmen eines aus Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung finanzierten Programms auch innovative Ansätze im Bereich der Gesundheitswirtschaft mit Zuschüssen fördern.

Bei der Förderung des Schulhausbaus ist vor dem Hintergrund der in geringerem Umfang zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel mit einem spürbaren Rückgang der Bewilligungen zu rechnen.

Die bereitgestellten Finanzmittel für die Anschaffung moderner Informations- und Kommunikationstechnik in Schulen und medienpädagogischen Zentren im Rahmen des Programms Medios II werden in 2012 ausgeschöpft werden.

Die gute Konjunktorentwicklung steht inzwischen auf einem breiten Fundament. Bezüglich der Zuschussförderung aus der Gemeinschaftsaufgabe

„Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, der Technologieförderung und der Förderung im Rahmen der Mittelstandsrichtlinie rechnet die SAB mit einer stabilen Nachfrage der Unternehmen. Mit der Novellierung der Förderrichtlinien in 2011 wurden die rechtlichen Grundlagen für die Fortführung dieser Instrumente geschaffen. In 2012 wird mit einem verstärkten Zuspruch der mittelständischen Kunden für das GRW-Nachrangdarlehen, einem in 2011 neu geschaffenen Produkt, gerechnet. Die Zusammenlegung der Förderprodukte Gründungs- und Wachstumsfinanzierung und Liquiditätshilfedarlehen zu einem Produkt hat sich bewährt und wird fortgeführt. Auf Grundlage der vorliegenden Förderanträge und der positiven Signale zur Lage des sächsischen Mittelstands wird erwartet, dass Darlehen auch in 2012 stark nachgefragt werden.

In der Umwelt- und Landwirtschaftsförderung wird die Finanzierung von Maßnahmen der Energieeffizienz und von erneuerbaren Energien in Form von Zuschüssen eine wichtige Förderaufgabe bleiben. Im Rahmen der Strategie des Freistaats zur weiteren abwassertechnischen Erschließung ländlicher Gebiete von 2007 bis 2015 wird die SAB überwiegend Investitionsvorhaben zur Abwasserbeseitigung im ländlichen Raum fördern. Die SAB strebt für 2012 an, ihre Zusammenarbeit mit der in Frankfurt am Main ansässigen Landwirtschaftlichen Rentenbank (LRB) auszubauen.

Unter dem Programmnamen „SAB-Investitionsdarlehen für Landwirtschaft und Umwelt“ sollen die LRB-Programme „Wachstum“, „Nachhaltigkeit“, „Wachstum und Wettbewerb“ und „Energie vom Land“ mit einer weiteren Vergünstigung versehen werden. Zuwendungsempfänger können insbesondere Produktionsbetriebe der Land- und Forstwirtschaft, des Wein- und Gartenbaus sowie Hersteller landwirtschaftlicher Produktionsmittel und Handels- und Dienstleistungsunternehmen, die mit der Landwirtschaft in enger Verbindung stehen, sein.

Der demografische Wandel und der damit verbundene Fachkräftemangel machen deutlich, dass die Aus- und Weiterbildungsförderung eine wichtige Aufgabe der SAB bleibt. Auch der ESF-Mikrodarlehensfonds wird als attraktiver Bestandteil der Arbeitsmarktförderung fortgeführt werden. Vor dem Hintergrund mittelfristig zurückgehender Fördermittel engagiert sich die Bank weiterhin für die verstärkte Anwendung neuer Förderinstrumente.

Ertrags- und Finanzlage

Die Erlösplanung berücksichtigt nur Programme, für die bereits ein Auftrag des Freistaates Sachsen vorliegt oder kurz vor dem Abschluss steht. Die Bank plant für das Geschäftsjahr 2012 mit einem Betriebsergebnis von 34,1 Mio. € vor Risikovorsorge.

Planung 2012	Mio. €
Zinsergebnis	81,1
Provisionsergebnis	48,1
Ordentliche Aufwendungen	-97,1
- Personalaufwand	-62,8
- Sachaufwand (inkl. AfA)	-34,3
Sonstiges Ergebnis	2,0
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge	34,1

Das Zinsergebnis wird zunehmend durch die langanhaltende, historische Niedrigzinsphase negativ beeinflusst.

Der Anstieg der geplanten Personal- und Sachaufwendungen ist hauptsächlich auf das bankinterne Projekt zur Erneuerung der DV-Unterstützung zurückzuführen.

Die SAB wird ihre Anlagestrategie „Sicherheit geht vor Ertrag“ weiterführen.

Das Ende der laufenden Strukturfondsperiode sowie die mittelfristig zurückgehenden Fördermittel bilden Rahmenbedingungen für die SAB. Aufgrund der hieraus resultierenden Unsicherheiten kann eine Mittelfristplanung keine exakten Vorhersagen liefern, sondern lediglich Tendenzen einer Entwicklung aufzeigen, die sich bei einem weitgehend unveränderten Umfeld einstellen würden.

Die Geschäftsleitung erwartet, dass das Betriebsergebnis vor Risikovorsorge mittelfristig oberhalb einer Grenze von 30 Mio. € liegen wird.

Wir danken unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die engagierte Arbeit im Geschäftsjahr 2011. Darüber hinaus gilt unser Dank den Mitgliedern des Personalrates für die vertrauensvolle und konstruktive Begleitung der betrieblichen Entscheidungen. Unseren Kunden und Geschäftspartnern danken wir für das entgegengebrachte Vertrauen und die gute Zusammenarbeit.

Dresden, 1. März 2012

Stefan Weber
Andre Koberg
Ronald Kothe

Bericht des Verwaltungsrates 2011

Im Rahmen seiner satzungsmäßigen Aufgaben hat der Verwaltungsrat insbesondere die Tätigkeit der Geschäftsführung überwacht. Der Vorstand hat den Verwaltungsrat und seine Mitglieder im mündlichen und schriftlichen Kontakt laufend über die wesentlichen Vorgänge der Bank informiert.

Der Verwaltungsrat trat am 21. Januar 2011 zu einer außerordentlichen Sitzung sowie am 28. März 2011, 20. Juni 2011, 19. September 2011 und 12. Dezember 2011 zu ordentlichen Sitzungen zusammen.

Im Kreditausschuss des Verwaltungsrates wurden Beschlüsse über Organkredite sowie über weitere in seine Zuständigkeit fallende Kreditengagements getroffen.

Der Jahresabschluss und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2011 wurden durch die zum Abschlussprüfer bestellte Deloitte & Touche GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft. Der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk wurde erteilt. Dem Verwaltungsrat wurden der Jahresabschluss, der Lagebericht und der Prüfungsbericht durch den Vorstand vorgelegt. Nach eigener Prüfung der Vorlagen stimmt der Verwaltungsrat dem Jahresabschluss und dem Ergebnis der Abschlussprüfung zu.

Der Verwaltungsrat beschließt, den Jahresüberschuss von 1.405 T€ in Höhe von 20% (281 T€) in die satzungsmäßigen Rücklagen und in Höhe von 80% (1.124 T€) in die anderen Gewinnrücklagen einzustellen.

Der Verwaltungsrat
Prof. Dr. Georg Unland
Vorsitzender

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2011

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2011

Aktiva

Aktiva	€	€	€ Vorjahr	T€
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		20.777,82		23
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken		14.232.410,40	14.253.188,22	17.451
darunter:				
bei der Deutschen Bundesbank				
€ 14.232.410,40				
Vorjahr				T€ 17.451
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		564.796.027,09		143.817
b) andere Forderungen		980.605.727,77	1.545.401.754,86	787.344
4. Forderungen an Kunden				
			6.614.282.293,06	6.768.949
darunter:				
durch Grundpfandrechte				
gesichert	€ 2.930.777.809,75			
Vorjahr	T€ 2.983.751			
Kommunalkredite	€ 2.378.478.376,55			
Vorjahr	T€ 2.234.106			
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten		170.163.020,86		118.389
bb) von anderen Emittenten		880.667.392,87	1.050.830.413,73	1.025.246
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen				
Bundesbank	€ 1.040.510.824,69			
Vorjahr	T€ 1.138.465			

Aktiva	€	€	€ Vorjahr	T€
7. Beteiligungen			1.589.871,68	1.802
darunter:				
an Kreditinstituten	€ 1.589.871,68			
Vorjahr	T€ 1.590			
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			110.000,00	135
9. Treuhandvermögen			211.816.793,11	177.205
darunter:				
Treuhandkredite	€ 211.816.793,11			
Vorjahr	T€ 177.205			
11. Immaterielle Anlagewerte				
darunter:				
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		3.087.803,00	3.087.803,00	2.774
12. Sachanlagen			30.383.695,01	30.237
14. Sonstige Vermögensgegenstände			2.822.280,85	5.244
15. Rechnungsabgrenzungsposten			15.369.929,91	15.663
Summe der Aktiva			9.489.948.023,43	9.094.279

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2011

Passiva

Passiva	€	€	€	Vorjahr	T€
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig		97.625.846,10			111.923
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		6.389.586.121,99	6.487.211.968,09		6.387.698
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig		929.816.163,39			637.125
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		923.316.444,83	1.853.132.608,22		868.214
4. Treuhandverbindlichkeiten			211.816.793,11		177.205
darunter:					
Treuhandkredite	€ 211.816.793,11				
Vorjahr	T€ 177.205				
5. Sonstige Verbindlichkeiten			8.901.607,11		16.031
6. Rechnungsabgrenzungsposten			115.666.468,65		124.990
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		9.667.000,00			8.785
b) Steuerrückstellungen		0,00			0
c) andere Rückstellungen		11.046.168,91	20.713.168,91		11.112
9. Nachrangige Verbindlichkeiten			129.992.873,69		140.089

Passiva	€	€	€	Vorjahr	T€
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken			60.000.000,00		0
12. Eigenkapital					
a) gezeichnetes Kapital					
aa) gezeichnetes Kapital	500.000.000,00				260.000
ab) Einlagen stiller Gesellschafter	40.000.000,00	540.000.000,00			50.000
b) Kapitalrücklage		3.357.193,81			3.357
c) Gewinnrücklagen					
cc) satzungsmäßige Rücklagen	13.373.319,01				253.092
cd) andere Gewinnrücklagen	45.782.022,83	59.155.341,84			44.658
d) Bilanzgewinn/Bilanzverlust		0,00	602.512.535,65		0
Summe der Passiva			9.489.948.023,43		9.094.279

	€	€	€	Vorjahr	T€
1. Eventualverbindlichkeiten					
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			39.751.699,17		41.929
2. Andere Verpflichtungen					
c) unwiderrufliche Kreditzusagen			344.247.501,04		368.808

Dresden, 31. Dezember 2011/1. März 2012

Sächsische Aufbaubank – Förderbank –
Weber
Koberg
Kothe

Gewinn- und Verlustrechnung 1. Januar bis 31. Dezember 2011
Aufwendungen und Erträge

	€	€	€	Vorjahr	T€
1. Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		312.076.972,86			305.992
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		<u>17.554.074,78</u>	329.631.047,64		<u>12.476</u>
2. Zinsaufwendungen			-250.857.576,91		-214.075
3. Laufende Erträge aus					
b) Beteiligungen		4.875,00	4.875,00		0
5. Provisionserträge			56.413.806,30		52.109
6. Provisionsaufwendungen			-24.000,00		-26
8. Sonstige betriebliche Erträge			15.289.801,19		9.904
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter	-43.665.682,98				-39.952
ab) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>-10.504.428,23</u>	-54.170.111,21			-11.217
darunter für Altersversorgung: € -2.487.502,70 (Vj. T€ -3.943)					
b) andere Verwaltungsaufwendungen		<u>-24.468.077,49</u>	-78.638.188,70		-21.391
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			-4.188.169,41		-3.107
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen			-9.435.022,30		-1.445
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			0,00		-43.737

	€	€	€	Vorjahr	T€
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			3.802.784,88		0
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			-758.970,00		-4.571
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			168.120,00		177
18. Zuführungen zum bzw. Erträge aus der Auflösung des Fonds für allgemeine Bankrisiken i.S.d. §340g HGB			-60.000.000,00		200.000
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			1.408.507,69		241.137
20. Außerordentliche Erträge		0,00	0,00		573
22. Außerordentliches Ergebnis			0,00		573
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen		<u>-3.134,00</u>	-3.134,00		-5
27. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag			1.405.373,69		241.705
32. Einstellungen in Gewinnrücklagen					
c) in satzungsmäßige Rücklagen		281.074,74			240.341
d) in andere Gewinnrücklagen		<u>1.124.298,95</u>	<u>1.405.373,69</u>		1.364
34. Bilanzgewinn/Bilanzverlust			0,00		0

Dresden, 31. Dezember 2011/1. März 2012

Sächsische Aufbaubank – Förderbank –
Weber
Koberg
Kothe

1. Vorbemerkung

Mit Wirkung vom 7. Mai 1996 erhielt die Sächsische Aufbaubank die Erlaubnis zum Betreiben von Bankgeschäften im Sinne des § 1 Abs. 1 Nrn. 1–5 und 7–9 KWG. Sie nahm am 1. Juni 1996 ihren Geschäftsbetrieb auf. Das Betriebsanwesen befindet sich im Eigentum der Bank.

Die Sächsische Aufbaubank GmbH ist mit In-Kraft-Treten des „Gesetzes zur Errichtung der Sächsischen Aufbaubank – Förderbank –“ (FördbankG) am 12. Juli 2003 in eine Anstalt des öffentlichen Rechts umgewandelt worden. Der Freistaat Sachsen ist alleiniger Anteilseigner. Das Stammkapital von 500 Mio. € ist voll eingezahlt.

Die Bank erfüllt als zentrales Förderinstitut des Freistaates Sachsen die ihr durch §§ 2 und 3 FördbankG übertragenen Aufgaben. Die Geschäftstätigkeit umfasst insbesondere die Gewährung und Verwaltung von Darlehen, Zuschüssen und sonstigen Finanzierungshilfen sowie Übernahme von Bürgschaften, Garantien und sonstigen Gewährleistungen auf den Gebieten Wirtschaftsförderung, Arbeitsmarktförderung, Technologieförderung, Wohnungs-, Städtebau- und Infrastrukturförderung, Landwirtschafts- sowie Umweltschutzförderung. Die Bank betreibt keine Wettbewerbsgeschäfte.

Auf die Aufstellung eines Konzernabschlusses wurde wegen untergeordneter Bedeutung der Tochterunternehmen (SBG – Sächsische Beteiligungsgesellschaft mbH, Sächsisches Staatsweingut GmbH sowie Businessplan-Wettbewerb Sachsen GmbH) und deren Beteiligungen gemäß § 296 Abs. 2 HGB verzichtet.

Die SBG – Sächsische Beteiligungsgesellschaft mbH ist ein nachgeordnetes Unternehmen im Sinne von § 10a Abs. 2 KWG.

2. Allgemeine Grundsätze

Der Jahresabschluss der Sächsischen Aufbaubank – Förderbank – wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB), des Förderbankgesetzes und des Aktiengesetzes sowie der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) erstellt. Die Gliederung der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt gemäß

den Formblättern der RechKredV. Um das künftige Berichtswesen zu verbessern, wird die GuV 2011 erstmalig in Staffelform dargestellt. Zusätzlich zu den im Formblatt 3 gemäß § 2 Abs. 1 RechKredV vorgeschriebenen Ausweispositionen wird die Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken als gesonderte Position gemäß § 340g Abs. 2 HGB gezeigt.

3. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bewertung der Vermögensgegenstände und der Verbindlichkeiten wurde nach den Vorschriften der §§ 252 ff. HGB vorgenommen.

Die speziellen Regelungen des § 340e HGB für Kreditinstitute sind beachtet worden.

Die Forderungen an Kunden und Kreditinstitute werden grundsätzlich zum Nennwert zuzüglich der Zinsabgrenzung ausgewiesen. Soweit Unterschiedsbeträge zwischen Nenn- und Auszahlungsbeträgen bestehen, die Zinscharakter haben, sind diese unter den passiven Rechnungsabgrenzungsposten aufgeführt und werden planmäßig über die Laufzeit bzw. Festzinsbindungsdauer aufgelöst.

Bearbeitungsgebühren werden sofort vereinnahmt. Angekaufte Forderungen werden mit ihrem Nominalwert angesetzt, abzüglich eines Korrekturpostens in Höhe der Differenz zu den Anschaffungskosten.

Den Kredit- und sonstigen Risiken wurde durch Bildung von Einzelwertberichtigungen bzw. Rückstellungen ausreichend Rechnung getragen.

Für latente Kreditrisiken in der Eigentumsförderung bestehen pauschale Einzelwertberichtigungen.

Die Berechnung der Pauschalwertberichtigung erfolgte in Anlehnung an das Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 10. Januar 1994. Sie ergibt sich aus dem Durchschnittswert des risikobehafteten Kreditvolumens der fünf vorangehenden Bilanzstichtage und dem Durchschnittswert des tatsächlichen Forderungsausfalls der fünf vorangehenden Wirtschaftsjahre. Die in die Bürgschaft des Freistaates Sachsen einbezogenen Engagements wurden dabei wie einzelwertberichtigte Engagements behandelt.

Einzel- und Pauschalwertberichtigungen sind von den Forderungen abgesetzt worden.

Die wie Anlagevermögen behandelten Wertpapiere werden zu fortgeführten Anschaffungskosten

bilanziert. Bei über pari erworbenen Wertpapieren wird das Aufgeld entsprechend der Laufzeit zu Lasten des Zinsertrages aufgelöst. Abschreibungen auf Wertpapiere werden entsprechend der Risikostrategie nur bei dauerhafter Wertminderung vorgenommen.

Die Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen sind zu Anschaffungskosten, vermindert um Abschreibungen für dauernde Wertminderungen, bilanziert.

Treuhandforderungen und Verbindlichkeiten werden zum Nennwert ausgewiesen. Wertberichtigungen werden im Treuhandbereich nicht vorgenommen. Die immateriellen Anlagewerte und die Sachanlagen werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, ausgewiesen.

Bei Gegenständen des Anlagevermögens werden planmäßige Abschreibungen entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer vorgenommen. Die Abschreibung für die beweglichen und abnutzbaren Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens erfolgt linear. Außerplanmäßige Abschreibungen erfolgen bei voraussichtlich dauernder Wertminderung. Für die geringwertigen Wirtschaftsgüter, deren Anschaffungskosten zwischen 150 € bis 1.000 € liegen, wird ein Sammelposten gebildet, der über fünf Jahre aufgelöst wird. Die geringwertigen Wirtschaftsgüter, deren Anschaffungskosten unter 150 € liegen, werden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben.

Die sonstigen Vermögensgegenstände sind mit ihrem Anschaffungswert berücksichtigt. Die Grundstücke und Gebäude des Umlaufvermögens sind nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und Kreditinstituten sowie die nachrangigen Verbindlichkeiten und sonstigen Verbindlichkeiten sind mit den Rückzahlungsbeträgen zuzüglich der Zinsabgrenzung passiviert. Unterschiedsbeträge mit Zinscharakter zwischen Aufnahme- und Rückzahlungsbetrag werden unter den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen und planmäßig über die Laufzeit bzw. Festzinsbindungsdauer verteilt.

Im Jahr 1997 wurde die Unterstützungskasse der Sächsischen Aufbaubank e.V. gegründet. Diese gewährleistet die Versorgungsleistungen an die Pensionsempfänger der SAB. Für die noch auf die

Sächsische Aufbaubank – Förderbank – entfallenden mittelbaren Pensionsverpflichtungen wird eine Rückstellung gebildet (2011: 9.667 T€). Als biometrische Rechnungsgrundlage zur Ermittlung des Rückstellungsbedarfes wurden die Richttafeln 2005 G von Klaus Heubeck verwendet.

Die Verpflichtungen wurden nach der Projected-Unit-Credit-Methode ermittelt. Rückstellungen für Altersteilzeit (Blockmodell) erfolgten in Höhe von 2.859 T€. Folgende Annahmen lagen der Bewertung zugrunde:

	31.12.2011	31.12.2010
Rechnungszinssatz p.a.	5,14 %	5,16 %
Gehaltstrend p.a.	3,00 %	2,30 %
Beitragsbemessungsgrenze-Trend p.a.	3,00 %	2,30 %
Rententrend p.a.	1,75 %	1,75 %
Fluktuation p.a.	0,00 %	0,00 %

Die sonstigen Rückstellungen sind in Höhe des Betrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist, um erkennbare Verpflichtungen angemessen zu berücksichtigen. Die Rechnungsabgrenzungen wurden in angemessener Weise vorgenommen. Die Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wurden mit den von der Deutschen Bundesbank vorgegebenen Zinssätzen abgezinst.

Die Eventualverbindlichkeiten werden in Höhe des verbürgten Betrages abzüglich der gebildeten Rückstellungen ausgewiesen.

Anteilige Zinsen aus Zinsswaps werden periodengerecht abgegrenzt. Der Ausweis erfolgt unter den Positionen Forderungen an und Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (oder Kunden). Die Erfolge aus Zinsderivaten werden im Zinsergebnis der Bank dargestellt. Die Erträge aus Währungsderivaten werden in den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen.

Die Barwerte der kalkulierten Aufwendungen für zinsverbilligt gewährte Förderdarlehen des Frei-

staates Sachsen werden als Bestandteil der passiven Rechnungsabgrenzungsposten zu den Zinstermen der Refinanzierungsdarlehen zugunsten des Zinsertrages reduziert.

Im Rahmen eines Programmes zur Förderung der kommunalen Infrastruktur gewährt die SAB auch eigene Zinsverbilligungen. Für aus diesem Programm zugesagte, aber noch nicht in Anspruch genommene Zinsverbilligungen werden Rückstellungen gebildet. Der Aufwand wird im Zinsaufwand abgebildet. Nach Inanspruchnahme reduzieren die Barwerte für Zinsverbilligungen die Forderungen gegenüber Kunden und werden zu den Zinstermen zugunsten des Zinsertrages reduziert. Beim Ausweis der Risikovorsorge hat die SAB von der Möglichkeit der Überkreuzkompensation gemäß § 340f HGB Gebrauch gemacht.

4. Bilanzierung von Sicherungsgeschäften/ Derivatives Geschäft

Die SAB schließt Derivate ausschließlich zur Absicherung von Zinsänderungs- und Währungsrisiken ab. Der Marktwert der Derivate wird mittels Barwertrechnung ermittelt. Hierzu werden die zukünftigen Zahlungsströme entsprechend der aktuellen Zinskurve abgezinst.

Devisentermingeschäfte dienen ausschließlich zur Absicherung von Währungsrisiken. Zum Stichtag 31. Dezember 2011 existiert ein Bestand i.H.v. nominal 48.600 T€.

Zur Absicherung von Zinsänderungs- und Währungsrisiken werden Zins- und Währungsswaps abgeschlossen. Hierbei wird zwischen Mikro- und Makroswaps unterschieden.

Mikroswaps dienen der Absicherung von Risiken aus Wertpapieren, Schuldscheindarlehen und Refinanzierungen. Die SAB macht für die Mikroswaps vom Wahlrecht des § 254 HGB zur Bildung von Bewertungseinheiten Gebrauch. Die Darstellung der Bewertungseinheit erfolgt nach der „Einfrierungsmethode“, bei der sich ausgleichende Wertänderungen aus dem abgesicherten Risiko in der Bilanz und in der GuV zunächst unberücksichtigt bleiben.

Bezüglich der Eignung zur Reduzierung von Zinsänderungsrisiken wird jede Bewertungseinheit

mithilfe der Critical-Term-Match-Methode geprüft. Entscheidende Kriterien hierbei sind die Übereinstimmung von Laufzeit, Nominalbetrag, Währung, Zinstermen und Festzinssätzen zwischen Grund- und Sicherungsgeschäft. Da die wertbestimmenden Faktoren von Grund- und Sicherungsgeschäft übereinstimmen, gleichen sich Wertänderungen aufgrund von Zinsänderungen prospektiv und retrospektiv für die Laufzeit aus. Nicht übereinstimmende Wertkomponenten, die sich z.B. aus Bonitäts Gesichtspunkten ergeben, werden nicht in die Bewertungseinheit einbezogen. Zum 31. Dezember 2011 hält die SAB Mikroswaps im Volumen von nominal 1.828.000 T€ mit einem Barwert von -79.600 T€.

Makroswaps dienen der Absicherung von Zinsänderungsrisiken des gesamten Zinsbuches. Die Makroswaps werden hinsichtlich ihrer Zinskomponente nicht jeweils isoliert unter Anwendung des Imparitätsprinzips, sondern gemeinsam mit den Aktivgeschäften und anderen finanziellen Vermögensgegenständen des Bankbuches unter Berücksichtigung der Refinanzierungsmittel bewertet (siehe Punkt 5). Aus diesen Sicherungsgeschäften existiert ein Bestand an Zinsswaps in Höhe von nominal 2.575.000 T€ mit einem Barwert von -288.500 T€.

Das Nominalvolumen der abgeschlossenen derivativen Geschäfte betrug zum 31. Dezember 2011 4.451.600 T€. Alle Geschäfte wurden ausschließlich zur Sicherung von Positionen des Bankbuchs getätigt (siehe auch S. 48–49 Derivatives Geschäft).

5. Verlustfreie Bewertung von zinsbezogenen Geschäften des Bankbuches

Die SAB prüft jährlich, ob sich zukünftig ein Verpflichtungsüberschuss aus dem Geschäft mit zinsbezogenen bilanziellen und außerbilanziellen Finanzinstrumenten für das Zinsbuch insgesamt ergibt. Die Berechnung erfolgt GuV-bezogen in Anlehnung an den Entwurf der IDW-Stellungnahme zur Rechnungslegung: „Einzelfragen der verlustfreien Bewertung von zinsbezogenen Geschäften des Bankbuchs (Zinsbuchs)“ (IDW ERS BFA 3). Zum 31. Dezember 2011 droht der SAB kein Verlust.

6. KWG-Grundsätze

Die Bank hat die Eigenmittelanforderungen nach SolV während des gesamten Jahres eingehalten. Die Liquiditätskennzahl wurde stets erfüllt.

7. Fristengliederung ausgewählter Bilanzposten der Aktiv- und Passivseite nach Restlaufzeiten

Nach § 9 RechKredV erfolgt nachstehende Gliederung von ausgewählten Posten und Unterposten der Bilanz nach Restlaufzeiten:

Andere Forderungen an Kreditinstitute	2011 T€	2010 T€
Bis 3 Monate	9.926	9.193
Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	51.731	39.901
Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	456.210	447.271
Mehr als 5 Jahre	462.739	290.979
Summe	980.606	787.344

Forderungen an Kunden	2011 T€	2010 T€
Bis 3 Monate	194.511	157.386
Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	226.069	169.857
Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	2.049.542	2.064.131
Mehr als 5 Jahre	4.144.160	4.377.575
Summe	6.614.282	6.768.949

In den Forderungen an Kunden sind keine Forderungen mit unbestimmter Laufzeit enthalten.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	2011 T€	2010 T€
Bis 3 Monate	314.109	217.921
Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	342.776	165.726
Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	3.951.023	4.299.047
Mehr als 5 Jahre	1.781.678	1.705.004
Summe	6.389.586	6.387.698

Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	2011 T€	2010 T€
Bis 3 Monate	18.816	215.714
Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	55.000	10.000
Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	55.000	100.000
Mehr als 5 Jahre	794.500	542.500
Summe	923.316	868.214

8. Erläuterungen zu einzelnen Bilanzpositionen

Forderungen an Kunden	2011	2010
	T€	T€
In dieser Position sind enthalten:		
Forderungen an Gesellschafter	1.185.695	1.195.665
Forderungen an verbundene Unternehmen darunter nachrangig	5.717 0	8.318 0
Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	60.331	63.251
Nachrangige Forderungen	6.758	6.758

Schuldverschreibungen

Schuldverschreibungen	2011	2010
	T€	T€
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere von öffentlichen Emittenten	170.163	118.389
Bis 3 Monate	0	13.604
Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	0	0
Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	154.987	104.785
Mehr als 5 Jahre	15.176	0
Von anderen Emittenten	880.667	1.025.246
Bis 3 Monate	73.951	57.992
Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	39.659	139.221
Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	648.946	662.404
Mehr als 5 Jahre	118.111	165.629
Summe	1.050.830	1.143.635

Die Wertpapiere der SAB sind börsenfähig und in Höhe von 1.050.830 T€ börsennotiert. Alle Wertpapiere sind dem Anlagebestand zugeordnet. Bei Wertpapieren, die nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet wurden, liegen keine nachhaltigen Bonitätsverschlechterungen vor, die auf eine dauerhafte Wertminderung hinweisen. Auch bei den Anleihen hochverschuldeter Staaten des Euroraums wird wegen des Europäischen Finanzstabilitätsmechanismus und der Europäischen Finanzstabilitätsfazilität von keiner dauerhaften Wertminderung ausgegangen. Aufgrund der Halteabsicht bis zur Endfälligkeit werden kurzfristige marktpreisbedingte Wertschwankungen nicht berücksichtigt. Die zum Bilanzstichtag vorhandenen stillen Lasten betragen: 19.577 T€. Im Jahr 2011 wurde für ein Papier der Lehman Brothers die gebildete Wertberichtigung i.H.v. 4.991 T€ verbraucht.

Beteiligungen

Die Sächsische Aufbaubank – Förderbank – besitzt folgende Anteile an anderen Unternehmen in Höhe von mindestens 20%:

Beteiligungen in T€	Stamm- kapital	Beteiligungs- quote SAB	Eigenkapital per 31.12.2010	Ergebnis 2010
SBG – Sächsische Beteiligungsgesellschaft mbH, Dresden	110	100%	17.277	-1.132
Sächsisches Staatsweingut GmbH, Radebeul	25	100%	25.026	-130
Businessplan – Wettbewerb Sachsen GmbH, Dresden	25	100%	132	14
Sächsische Energieagentur – SAENA GmbH, Dresden	25	49%	1.160	-1.442

Die Beteiligungen und verbundenen Unternehmen der SAB sind nicht börsennotiert. Bei Beteiligungen des Anlagevermögens, die bei vorsichtiger Betrachtung einer dauerhaften Wertminderung unterliegen könnten, werden Abschreibungen zum strengen Niederstwert vorgenommen. Im Jahr 2011 wurden die Buchwerte der Beteiligungen an der Businessplan – Wettbewerb Sachsen GmbH und an der Sächsische Energieagentur – SAENA GmbH aufgrund dauerhafter Wertminderung vollständig abgeschrieben.

Treuhandvermögen	2011 T€	2010 T€
Treuhandforderungen an KI	13.369	13.165
Treuhandforderungen an Kunden	198.448	164.040
Treuhandforderungen	211.817	177.205

Anlagevermögen

Einzelheiten sind aus dem Anlagespiegel (S. 46–47) ersichtlich. Die für betriebliche Zwecke genutzten Grundstücke und Gebäude haben einen Bilanzwert in Höhe von 25.775 T€.

Sonstige Vermögensgegenstände

Bei den sonstigen Vermögensgegenständen handelt es sich im Wesentlichen um drei Grundstücke und Gebäude im Umlaufvermögen mit einem Buchwert von 2.289 T€.

Sonstige Vermögensgegenstände	2011 T€	2010 T€
In dieser Position sind enthalten:		
Sonstige Forderungen gegen verbundene Unternehmen	0	12
Sonstige Forderungen gegen Unter- nehmen, mit denen ein Beteiligungs- verhältnis besteht	2	2

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2011 T€	2010 T€
In dieser Position sind enthalten:		
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter	928.377	464.026
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	107	160
Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungen	0	0

Treuhandverbindlichkeiten	2011 T€	2010 T€
In dieser Position sind enthalten:		
Treuhandverbindlichkeiten gegenüber KI	0	133
Treuhandverbindlichkeiten gegenüber Kunden	211.817	177.072
Summe	211.817	177.205

Sonstige Verbindlichkeiten	2011 T€	2010 T€
In dieser Position sind enthalten:		
Steuerverbindlichkeiten	1.362	1.298
Lieferantenverpflichtungen	2.883	2.776
Devisenausgleich	4.346	10.934
Andere Verbindlichkeiten	311	1.023
Summe	8.902	16.031

Die sonstigen Verbindlichkeiten enthalten Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen i.H.v. 154 T€.

Rechnungsabgrenzungsposten	2011 T€	2010 T€
In dieser Position sind enthalten:		
Vorausbezahlte Gehälter	2.653	2.078
Unterschiedsbetrag zwischen Ausgabebetrag und höherem Rückzahlungsbetrag von Verbindlichkeiten	11.239	11.333
Sonstige Aufwandsabgrenzungen	789	572
Derivate (Einmalzahlung Swap)	689	1.680
Summe	15.370	15.663

Passive Rechnungsabgrenzungsposten	2011 T€	2010 T€
In dieser Position sind enthalten:		
Von Dritten im Voraus erhaltene Zinsverbilligungsmittel	87.895	92.130
Unterschiedsbetrag zwischen Auszahlungsbetrag oder Anschaffungskosten und höherem Nennbetrag von Forderungen	326	430
Sonstige Ertragsabgrenzungen	27.040	31.864
Derivate (Einmalzahlung Swap)	405	566
Summe	115.666	124.990

Rückstellungen	2011 T€	2010 T€
Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		
▶ für Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften	1.816	1.836
▶ für Altersteilzeitverpflichtungen	2.859	3.150
▶ für Prozesskosten	1.392	1.901
▶ für Zinsverbilligungen	1.950	2.256
▶ für sonstige Verpflichtungen	3.030	1.970
Andere Rückstellungen	11.046	11.112
Rückstellungen gesamt	20.713	19.897

Eigenkapital in T€	Gezeichnetes Kapital	Kapital- rücklage	Gewinn- rücklage	Bilanz- gewinn	Gesamt
Eigenkapital zum 01.01.2010	310.000	3.357	56.044	0	369.402
Jahresüberschuss 01.01. bis 31.12.2010				241.706	241.706
Einstellung in die Rücklagen			241.706	-241.706	0
Eigenkapital zum 31.12.2010/01.01.2011	310.000	3.357	297.750	0	611.107
Erhöhung Stammkapital aus Rücklagen	240.000		-240.000		0
Rückzahlung Einlage stiller Gesellschafter	-10.000				-10.000
Jahresüberschuss 01.01. bis 31.12.2011				1.405	1.405
Einstellung in die Rücklagen			1.405	-1.405	0
Eigenkapital zum 31.12.2011	540.000	3.357	59.155	0	602.513

Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen	2011 T€	2010 T€
Bürgschaften für Gewerbe- förderung	36.604	38.681
Bürgschaften für Wohnungsbau	4.964	5.084
Rückstellungen für Bürgschafts- verbindlichkeiten	-1.816	-1.836
Summe	39.752	41.929

Bei den Eventualverbindlichkeiten handelt es sich im Wesentlichen um Bürgschaften für Kunden zur Absicherung von Krediten der Hausbanken der Kunden. Sofern die Kunden ihren Verpflichtungen nicht nachkommen, ist mit einer teilweisen Inanspruchnahme in den Folgejahren zu rechnen, die aber das bisherige Niveau der Inanspruchnahmen voraussichtlich nicht übersteigen wird. Die bestehenden Verpflichtungen aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen sind in Höhe von 32.417 T€ durch Rückbürgschaften des Freistaates Sachsen gesichert.

Unwiderrufliche Kreditzusagen	2011 T€	2010 T€
In dieser Position sind enthalten:		
Kreditnehmerbezogene Zusagen ohne erfasste Konditionierung z.B. bei Ablösung anderer Banken	116.717	91.292
Zusagen mit konkretem Programmbezug	227.531	277.516
Summe	344.248	368.808

Eine Inanspruchnahme aus den gegebenen Kreditzusagen ist aufgrund des Bezugs zum Fördergeschäft der SAB sehr wahrscheinlich.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen zum 31. Dezember 2012 ergeben sich aus Einzahlungsverpflichtungen für ausstehende, bisher nicht eingeforderte Einlagen auf das gezeichnete Kapital im Beteiligungsbereich sowie durch vertragliche Vereinbarungen mit einer Restlaufzeit von 3 bis 56 Monaten:

Sonstige finanzielle Verpflichtungen	2011 T€
In dieser Position sind enthalten:	
Ausstehende, bisher nicht eingeforderte Einlagen auf das gezeichnete Kapital	4.000
Verpflichtungen aus längerfristigen Verträgen	4.685
Verpflichtungen aus Mietverträgen	1.601
Summe	10.286

9. Erläuterungen zu einzelnen Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung

Zinsergebnis	2011 T€	2010 T€
Zinserträge	329.631	318.468
▶ aus Darlehensforderungen	299.645	298.890
▶ aus festverzinslichen Wertpapieren und Schuldverschreibungen	17.554	12.476
▶ aus Geldanlagen	1.215	318
▶ zinsähnliche Erträge	11.217	6.784
Zinsaufwendungen	250.858	214.075
▶ aus Refinanzierungen darunter:	243.316	201.982
aus nachrangigen Verbindlichkeiten	5.877	5.974
▶ aus sonstigen Verbindlichkeiten	7.542	12.093
Zinsergebnis	78.773	104.393

Das Zinsergebnis wurde zu weit über 90% in Deutschland erwirtschaftet. Insbesondere die Erträge aus Darlehensforderungen, die Aufwendungen zur Refinanzierung sowie die sonstigen Beiträge zum Zinsergebnis entstehen durch das Fördergeschäft der SAB nahezu ausschließlich in Deutschland. Im Wertpapierbereich werden weit über die Hälfte der Erträge ebenfalls mit Anleihen aus Deutschland erwirtschaftet. Andere Zinserträge aus festverzinslichen Anleihen und Schuldverschreibungen kommen weitestgehend aus dem europäischen Wirtschaftsraum.

Laufende Erträge	2011 T€	2010 T€
Aus Beteiligungen	5	0
Summe	5	0

Provisionsergebnis	2011 T€	2010 T€
Provisionserträge	56.414	52.109
▶ Verwaltungskostenbeiträge	51.856	48.401
▶ Erträge aus Treuhandgeschäft	43	49
▶ Erträge aus treuhänderisch verwalteten Fonds	4.098	3.275
▶ sonstige Provisionserträge	417	384
Provisionsaufwendungen	24	26
▶ sonstiger Provisionsaufwand	24	26
Provisionsergebnis	56.390	52.083

Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	2011 T€	2010 T€
a) Personalaufwand	54.170	51.168
b) Andere Verwaltungs- aufwendungen	24.468	21.391
▶ Aufwand Leiharbeitnehmer	4.356	5.061
▶ Dienstleistungen L-Bank – Förderbank –	4.823	4.772
▶ Gebäudeaufwendungen	3.493	3.091
▶ Beratungs- und Prüfungs- kosten	5.323	2.415
▶ Aufwendungen EDV und Wartung	2.290	1.773
▶ sonstige	4.183	4.279
Summe gesamt	78.638	72.559

Effekte aus Abzinsung

Durch Abzinsung von Rückstellungsbeträgen ergaben sich folgende GuV-relevanten Effekte:

Effekte aus Abzinsung	2011 T€	2010 T€
Rückstellung für Prozesskosten (sonstiger betrieblicher Aufwand)	-148	-
Rückstellung für Bürgschaften (Zinsertrag)	3	-

10. Sonstige Angaben

Von den nachrangigen Verbindlichkeiten von insgesamt nominell 127.000 T€ übersteigen folgende Schuldscheindarlehen 10% des Gesamtbetrages:

25.000 T€ Verzinsung 5,85 %
Laufzeit bis 02.01.2017

15.000 T€ Verzinsung 3,66 %
Laufzeit bis 06.10.2023

Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung sowie eine Umwandlungsmöglichkeit in eine andere Schuldform sind nicht gegeben. Die Darlehensbedingungen entsprechen den Anforderungen gemäß § 10 Abs. 5a KWG. Die Darlehen sind in den Jahren 2017 bis 2026 endfällig.

Die stillen Einlagen betragen insgesamt 40.000 T€. Es handelt sich um zwei Einlagen in Höhe von 25.000 T€ und 15.000 T€ mit je 5,75% Verzinsung. Die stillen Einlagen werden zum Bilanzstichtag als bilanzielles Eigenkapital ausgewiesen, aber nicht dem haftenden Eigenkapital zugerechnet.

Zur Besicherung von Krediten wurden per 31. Dezember 2011 Wertpapiere in Höhe von nominal 430.000 T€ der Deutschen Bundesbank verpfändet und Schuldscheindarlehen in Höhe von nominal 1.160.000 T€ der Deutschen Bundesbank abgetreten. Fremdwährungsverbindlichkeiten bestanden im Gegenwert von 219.607 T€. Diese sind durch außerbilanzielle Geschäfte gegen Währungsrisiken gesichert. Die Bewertung erfolgte gem. § 340h HGB mit dem Referenzkurs der Europäischen Zentralbank am Bilanzstichtag. Das Ergebnis aus Devisengeschäften i.H.v. 78 T€ wurde in den sonstigen Erträgen ausgewiesen.

Dem Fonds für allgemeine Bankrisiken gem. § 340g HGB wurden 60.000 T€ zugeführt. Geschäfte zu nicht marktüblichen Bedingungen mit nahestehenden Unternehmen und Personen wurden nicht getätigt.

Das von dem Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2011 berechnete Gesamthonorar in Höhe von 176.922,48 € gliedert sich wie folgt:

a) Abschlussprüfungsleistungen	152.096,00 €
b) andere Bestätigungsleistungen	2.145,00 €
c) Steuerberatungsleistungen	15.450,00 €
d) sonstige Leistungen	7.231,48 €

11. Angaben zur Steuerpflicht

Die Sächsische Aufbaubank – Förderbank – ist aufgrund ihrer Förderaufgaben von Ertragsteuern befreit.

12. Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt

Die Bank beschäftigte ohne Vorstand und Auszubildende im Jahresdurchschnitt 883 tariflich und 101 außertariflich bezahlte Mitarbeiter (insgesamt somit 984).

13. Gesamtbezüge und Darlehen der Organe

Die Gesamtbezüge des Vorstandes, ohne Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung, im Geschäftsjahr 2011 betragen 804,8 T€. An Mitglieder des Verwaltungsrates wurden 13,7 T€ gezahlt.

Durch die SAB gewährte Darlehen an Mitglieder des Vorstandes/Verwaltungsrates bestehen zum Bilanzstichtag in Höhe von 435 T€. Die Kredite sind marktgerecht verzinst und haben Restlaufzeiten von 2019 bis 2052.

Es bestehen Pensionsverpflichtungen für frühere Mitglieder des Vorstandes i.H.v. 2.344 T€, die teilweise durch entsprechende Vermögensgegenstände der Unterstützungskasse rückgedeckt sind. Hierfür wurden angemessene Rückstellungen gebildet. Bezüglich der laufenden Bezüge nimmt die SAB die Ausnahmeregelung des § 286 Abs. 4 HGB in Anspruch.

14. Organe der Bank

Vorstand

Stefan Weber
Vorsitzender des Vorstandes

Ronald Kothe
Mitglied des Vorstandes

Andre Koberg
stellv. Mitglied des Vorstandes

Verwaltungsrat

Prof. Dr. Georg Unland
Vorsitzender
Sächsisches Staatsministerium der Finanzen
Staatsminister
Dresden

Sven Morlok
stellvertretender Vorsitzender
Sächsisches Staatsministerium für
Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Staatsminister
Dresden

Christian Brand
Landeskreditbank Baden-Württemberg
– Förderbank –
Vorsitzender des Vorstandes
Karlsruhe

Joachim Hoof (bis 27. März 2011)
Sachsen-Finanzgruppe
Vorsitzender des Vorstandes
Leipzig

Helma Orosz (bis 27. März 2011)
Oberbürgermeisterin
der Stadt Dresden

Uwe Albrecht (bis 27. März 2011)
Bürgermeister
Dezernat Wirtschaft und Arbeit
Stadtverwaltung Leipzig

Lars Rohwer (ab 28. März 2011)
Mitglied des
Sächsischen Landtages
Dresden

Bodo Finger (ab 28. März 2011)
Präsident
Vereinigung der Sächsischen Wirtschaft e.V.
Dresden

Claus Friedrich Holtmann
(ab 28. März 2011 bis 26. Oktober 2011)
Präsident
Ostdeutscher Sparkassenverband (OSV)
Berlin

Christiane Heerdegen
Arbeitnehmervertreterin
Sächsische Aufbaubank – Förderbank –
Angestellte
Dresden

André Finger (bis 27. März 2011)
Arbeitnehmervertreter
Sächsische Aufbaubank – Förderbank –
Angestellter
Dresden

Katrin Zilliges (ab 28. März 2011)
Arbeitnehmervertreterin
Sächsische Aufbaubank – Förderbank –
Angestellte
Dresden

Olaf Mundt (ab 28. März 2011 Mitglied,
vorher stellv. Mitglied)
Arbeitnehmervertreter
Sächsische Aufbaubank – Förderbank –
Angestellter
Dresden

stellvertretende Mitglieder

Frank Kupfer (ab 28. März 2011)
Sächsisches Staatsministerium für Umwelt und
Landwirtschaft
Staatsminister
Dresden

Hartmut Fiedler
Sächsisches Staatsministerium für
Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Staatssekretär
Dresden

Jürgen Hägele
Landeskreditbank Baden-Württemberg
– Förderbank –
stellv. Vorsitzender des Vorstandes
Karlsruhe

Dr. Harald Langenfeld (bis 27. März 2011)
Sachsen-Finanzgruppe
Mitglied des Vorstandes
Leipzig

Sebastian Scheel (ab 28. März 2011)
Mitglied des
Sächsischen Landtages
Dresden

Roland Ermer (ab 28. März 2011)
Präsident
Sächsischer Handwerkstag
Dresden

Dietmar Berger (ab 28. März 2011)
Präsident
Mitteldeutscher Genossenschaftsverband
(Raiffeisen/Schulze-Delitzsch) e.V.
Chemnitz

Bernd Diethold (ab 28. März 2011 stellv. Mitglied,
vorher Mitglied)
Arbeitnehmervertreter
Sächsische Aufbaubank – Förderbank –
Angestellter
Dresden

Thomas Frömmel (ab 28. März 2011)
Arbeitnehmervertreter
Sächsische Aufbaubank – Förderbank –
Angestellter
Dresden

Lars Köhler
Arbeitnehmervertreter
Sächsische Aufbaubank – Förderbank –
Angestellter
Dresden

15. Mandate

Stefan Weber, Vorsitzender des Vorstandes, übt folgendes Mandat aus:

- ▶ Mitglied des Aufsichtsrates der Sächsischen Energieagentur – SAENA GmbH, Dresden
- und übte folgende Mandate aus:
- ▶ bis 29. März 2011 Mitglied des Aufsichtsrates der Wohnungsgesellschaft mbH Hoyerswerda
 - ▶ bis 2. Mai 2011 Mitglied des Beirates der RKW Sachsen GmbH Dienstleistung und Beratung, Dresden

Ronald Kothe, Mitglied des Vorstandes, übt folgendes Mandat aus:

- ▶ seit dem 25. Mai 2011 stellv. Mitglied des Aufsichtsrates der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft Sachsen mbH, Dresden

Andre Koberg, stellv. Mitglied des Vorstandes, übt folgendes Mandat aus:

- ▶ seit dem 23. Juli 2010 Mitglied des Aufsichtsrates der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft Sachsen mbH, Dresden

16. Verwendung des Jahresüberschusses

Der Vorstand schlägt vor, den Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2011 von 1.405.373,69 € in Höhe von 281.074,74 € in die satzungsmäßigen Rücklagen und in Höhe von 1.124.298,95 € in die anderen Gewinnrücklagen einzustellen.

Dresden, 1. März 2012

Stefan Weber
Andre Koberg
Ronald Kothe



Anlagespiegel

	Anschaffungs- kosten Stand 01.01.2011 T€	Um- buchungen T€	Zugänge T€	Abgänge T€	Stand 31.12.2011 T€	Abschreibungen Stand 01.01.2011 T€
I. Finanzanlagen						
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wert- papiere (ohne HB)	1.137.564	0	116.702	214.984	1.039.282	4.991
Beteiligungen	3.847	0	240	0	4.087	2.045
Anteile an verbundenen Unternehmen	7.731	0	0	0	7.731	7.596
Summe Finanzanlagen	1.149.142	0	116.942	214.984	1.051.100	14.632
II. Immaterielle Anlagewerte						
Immaterielle Anlagewerte	11.647	0	1.924	0	13.571	8.873
III. Sachanlagen						
Grundstücke und Gebäude	42.708	112	806	0	43.626	16.869
Anlagen im Bau	133	-112	74	24	71	0
Betriebs- und Geschäfts- ausstattungen	14.048	0	1.077	1.389	13.736	10.669
Kunstgegenstände	66	0	0	0	66	0
Geringwertige Wirtschafts- güter	1.744	0	804	178	2.370	924
Summe Sachanlagen	58.699	0	2.761	1.591	59.869	28.462
Gesamt	1.219.488	0	121.627	216.575	1.124.540	51.967

Um- buchungen	Zugänge	Abgänge	Stand 31.12.2011	Kumulierte Auflösung Agio	Kumulierte Zuschrei- bungen	Buchwerte	
						Stand 31.12.2011	Stand 31.12.2010
						T€	T€
0	0	4.991	0	1.368	17	1.037.931	1.131.349
0	452	0	2.497	0	0	1.590	1.802
0	25	0	7.621	0	0	110	135
0	477	4.991	10.118	1.368	17	1.039.631	1.133.286
0	1.610	0	10.483	0	0	3.088	2.774
0	982	0	17.851	0	0	25.775	25.839
0	0	0	0	0	0	71	133
0	1.164	1.377	10.456	0	0	3.280	3.379
0	0	0	0	0	0	66	66
0	432	178	1.178	0	0	1.192	820
0	2.578	1.555	29.485	0	0	30.384	30.237
0	4.665	6.546	50.086	1.368	17	1.073.103	1.166.297

Derivative Geschäfte – Kontrahentengliederung

in Mio. €	Nominalwerte		Marktwerte	
	Vorjahr	Berichtsjahr	positiv Berichtsjahr	negativ Berichtsjahr
Banken in der OECD	4.323	4.452	39	-406
Banken außerhalb der OECD	0	0	0	0
Öffentliche Stellen in der OECD	0	0	0	0
Sonstige Kontrahenten*	0	0	0	0
Gesamt	4.323	4.452	39	-406

* inkl. Börsenkontrakte

Derivative Geschäfte – Fristengliederung

Nominalwerte in Mio. €	Zinsrisiken		Währungsrisiken		Aktien- und sonstige Preisrisiken	
	Vorjahr	Berichtsjahr	Vorjahr	Berichtsjahr	Vorjahr	Berichtsjahr
Restlaufzeiten						
Bis 3 Monate	10	70	48	49	0	0
Bis 1 Jahr	64	250	0	0	0	0
Bis 5 Jahre	2.583	2.477	175	175	0	0
Über 5 Jahre	1.443	1.431	0	0	0	0
Insgesamt	4.100	4.228	223	224	0	0

Die Restlaufzeit von vier Forward-Swaps wurde als Differenz zwischen dem Fälligkeitsdatum des Swaps und dem Bewertungsstichtag (31.12.2011) berechnet. Alle Forward-Swaps liegen damit im Bereich über fünf Jahre.

Derivative Geschäfte – Darstellung der Volumina

in Mio. €	Nominalwerte		Marktwerte	Marktwerte
	Vorjahr	Berichtsjahr	positiv Berichtsjahr	negativ Berichtsjahr
Zinsrisiken				
Zinsswaps	4.100	4.228	34	-396
Zinsrisiken gesamt	4.100	4.228	34	-396
Währungsrisiken				
Devisentermingeschäfte, -swaps	48	49	1	0
Währungs-, Zinswährungsswaps	175	175	4	-10
Währungsrisiken gesamt	223	224	5	-10

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Sächsischen Aufbaubank – Förderbank –, Dresden, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben. Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise

für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Berlin, den 1. März 2012
Deloitte & Touche GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Rohmann
Wirtschaftsprüferin

Grüneberg
Wirtschaftsprüfer

Herausgeber

Sächsische Aufbaubank
– Förderbank –
Pirnaische Straße 9
01069 Dresden
Tel. 0351 4910-0
Fax 0351 4910-4000
www.sab.sachsen.de

Redaktion

Sächsische Aufbaubank
– Förderbank –
Wild Kommunikation

Konzept und Gestaltung

Wild Kommunikation

Produktion

Messedruck Leipzig GmbH